

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

12. Sitzung, 25.02.1913

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXII. Landtags des Großherzogl. Oldenburg.

Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 25. Februar 1913, vormittags 10 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Aenderung des Stempelsteuergesetzes vom 11. Januar 1910. 1. Lesung. (Anlage 43.)
 2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Nachbewilligung von 18 000 *M* zu § 251 des Voranschlags für das Finanzjahr 1912. (Anlage 51.)
 3. Bericht des Finanzausschusses über die gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1911:
 1. das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse,
 2. eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse im Vergleich mit dem Voranschlage,
 3. das Hauptbuch über die Einnahmen der Landeskasse,
 4. die Zusammenstellung der Ausgaben der Landeskasse,
 5. eine Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Landeskasse im Vergleich mit dem Voranschlage,
 6. das Hauptbuch über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnaufonds,
 7. desgleichen des Stadländer Kanalbaudepots,
 8. desgleichen des Weserbauaufonds. (Anlage 5.)
 4. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 76.
 5. Bericht des Finanzausschusses über die Petition Emil Brenner in Dienstweiler bei Birkenfeld.
 6. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Arbeiters Julius Bahr aus Eckhorst im Fürstentum Lübeck.
 7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Umbau des Amtsgerichtsgebäudes in Oberstein und die Erbauung einer Dienstwohnung für einen Amtsrichter daselbst. (Anlage 36.)
 8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend den Neubau eines Ministerial- und eines Landtagsgebäudes. (Anlage 20.)
 9. Bericht des Verwaltungsausschusses über eine Vorlage der Staatsregierung, betreffend Errichtung einer höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt in der Stadt Oldenburg. (Anlage 44.)
 10. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend Errichtung eines staatlichen Realschulungsgymnasiums in Rüstingen und über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Besoldungsordnung. 1. Lesung. (Anlage 60.)



11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Errichtung eines Realgymnasiums in Oldenburg, und über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Besoldungsordnung. 1. Lesung. (Anlage 73.)
12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend die Errichtung eines staatlichen Real-Propagandiums in der Stadt Cloppenburg und über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung der Besoldungsordnung. 1. Lesung. (Anlage 75.)
13. Bericht des Verwaltungsausschusses über
 1. den Entwurf eines Handelskammergesetzes für das Fürstentum Birkenfeld,
 2. den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aufhebung des Gewerberats und der Abgabe von den Steinversteigerungen. 1. Lesung. (Anlage 41.)
14. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Bildung von Kommissionen zur Abschätzung von Grundstücken. 1. Lesung. (Anlage 53.)
15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Stadtmagistrats von Nordenham, betreffend Uebernahme der Realschule auf den Staat.
16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Beschwerdeschrift der Eheleute Röper in Hamburg-Eimsbüttel.
17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Schulvorstandes der Stadt Ahrensböök wegen Beihilfe zu den Lehrerbefoldungen in Gemäßheit des Schulgesetzes vom 4. April 1911.
18. Bericht des Besoldungsausschusses über die Petitionen, betreffend das Diensteinkommen und die städtischen Zulagen der Hauptlehrer in Rühringen.
19. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Brinkfäger H. D. Tönjes und J. Fr. Ahrens zu Stiekgras auf Gewährung einer Entschädigung wegen erschwelter Zuwegung nach ihren Ländereien, entstanden durch die Aufhebung des Kreuzweges zu Delmenhorst.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Am Regierungstische: Minister Rukstrat I und II, Erz., Minister Scheer, Erz., Geh. Oberregierungsräte v. Finckh und Calmeyer-Schmedes, Geh. Oberbaurat Freese, Oberfinanzrat Stein, Oberregierungsrat Willms, Oberbaurat Riefen, Regierungsräte Tenge und Dr. Buslert, Gerichtsaffessor Lohse.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer das Protokoll zu verlesen. (Abg. Dannemann verliest das Protokoll der 11. Sitzung.) Sind Einwendungen gegen das Protokoll zu erheben? Das ist nicht der Fall. Dann ist es genehmigt.

Es ist noch eingegangen eine Petition der Vereinigung der Amtsboten- und Gerichtsvollziehergehülfen des Herzogtums Oldenburg, betr. Erhöhung ihrer Dienstvergütung. Es liegt eine ähnliche Petition vom Jahre 1912 schon vor, die sie wieder anlegen. Diese weicht von der jetzigen Petition ab. Ich schlage vor, die Petition dem Besoldungsausschuß zu überweisen. Der Landtag ist einverstanden.

Ebenfalls ist noch eingegangen eine Petition von Eisenbahnarbeitern, Hilfswärtern und Rottenarbeitern der Bahnmeisterei Nordenham, betr. Lohnerhöhung. Ich schlage vor, auch diese Petition dem Besoldungsausschuß zu überweisen. Der Landtag ist damit einverstanden.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

1. Gegenstand ist

Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Aenderung des Stempelsteuergesetzes vom 11. Januar 1910. 1. Lesung. (Anlage 43.)

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle den Gesetzentwurf annehmen.

Ich eröffne die Beratung über diesen Antrag des Ausschusses und über den Gesetzentwurf. Das Wort wird nicht verlangt, auch der Herr Berichterstatter verzichtet? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen sofort ab und bitte ich die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Er ist angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis Mittwochabend 7 Uhr einzureichen.

2. Gegenstand ist

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Nachbewilligung von 18 000 M zu § 251 des Voranschlags für das Finanzjahr 1912. (Anlage 51.)

Es liegen drei Anträge vor. Im Antrage 1 beantragt der Ausschuß:

Der Landtag wolle zu § 251 des Voranschlages für das Jahr 1912 die Summe von 18000 M nachbewilligen.

Im Antrage 2 wird beantragt:

Annahme des Antrages der Staatsregierung.

Diesen Antrag der Staatsregierung finden Sie im Texte und er lautet dort:

Von den zu § 251 des Voranschlages für 1912 für den Bau und das Inventar des Lehrerseminars in Wechta bewilligten 55000 M einen Betrag von 15681 M 90 S, welcher nicht zur Verwendung ge-



langt, zur weiteren Beschaffung des Inventars auf das Finanzjahr 1913 zu übertragen.

Dieser Antrag der Staatsregierung ist in den Antrag des Ausschusses zu übernehmen.

Der Ausschuß beantragt dann weiter auf Anregung der Staatsregierung über die Vorlage hinaus im Antrage 3:

Der Landtag wolle zur Beschaffung einer Orgel im katholischen Lehrerseminar zu Wechta den Betrag von 4000 *M* nachbewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu den Anträgen des Ausschusses und zu der Vorlage 51 und gebe das Wort Herrn Abg. Müller (Nuhhorn).

Abg. **Müller:** M. H.! Ich habe mir eigentlich grundsätzlich vorgenommen, heute während der ganzen Verhandlung nicht das Wort zu nehmen. Wenn ich diesem entgegenhandle und schon zu diesem Gegenstande der Tagesordnung spreche, so möchte ich bitten, dies nicht so aufzufassen, als wenn ich meine Grundsätze leichten Herzens durchbreche. Ich gebe nur der Auslegung nach, die gestern Herr Abg. Tanzen (Herring) dem Worte „grundsätzlich“ gegeben hat, wenn ich die Staatsregierung um eine Auskunft bitte. Ich weiß allerdings nicht, ob ich diese Bitte nicht besser bei Punkt 8 der Tagesordnung anzubringen hätte und gebe dem Herrn Präsidenten anheim, mir eventl. darin zu widersprechen, wenn ich es hier bei diesem Punkt vorbringe. M. H.! Wie Sie sehen, ist hier eine Nachbewilligung von 18000 *M* notwendig und ich möchte in Bezug auf Punkt 8 der Tagesordnung bei der Großherzoglichen Staatsregierung höflichst anfragen, wie groß die Nachforderung sein wird, wenn der Bau des Ministerial- und Landtags-Gebäudes erst vor sich geht. Wenn hier bei dieser verhältnismäßig kleinen Bau Summe von 150000 *M* 18000 *M* nachgefordert werden, so darf man annehmen, daß bei Ausführung des Ministerial-Gebäudes 200000 *M* nachbewilligt werden müssen. Ich möchte doch den Herren Abgeordneten anheimgeben, diese Summe bei Punkt 8 der Tagesordnung gleich in Berücksichtigung zu ziehen.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Auch der Herr Berichterstatter verzichtet. Dann schließe ich die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die die Anträge 1 und 2 des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen. Desgleichen bitte ich die Herren, die den Antrag 3 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Nächster (3.) Gegenstand ist

Bericht des Finanzausschusses über die gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzuliegenden Bücher und Rechnungen der Zentralkasse des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, sowie der zugehörigen Nebenkassen für das Jahr 1911.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle zu den Ueberschreitungen bei

- a) den ordentlichen Ausgaben der Zentralkasse im Betrage von *M* 10259,32

b) den ordentlichen Ausgaben der Landeskasse des Herzogtums im Betrage von *M* 389503,76

c) den außerordentlichen Ausgaben derselben Kasse im Betrage von „ 13410,54
seine Genehmigung erteilen.

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort Herrn Abg. Tanzen (Stollhamm).

Abg. **Tanzen:** M. H.! Ich finde im Bericht eine etwas zaghafte Andeutung: „Der Ausschuß gibt der Regierung anheim, prüfen zu wollen, ob diese Fondsgelder nicht einen höheren Zinsertrag bringen können zu Gunsten dieser Kassen“.

Ich hätte diese Zaghaftheit bei der Persönlichkeit des Herrn Berichterstatters nicht erwartet. (Heiterkeit.) Ich hätte erwartet, daß dieses in einem Antrage zum Ausdruck gekommen wäre. Es handelt sich um den Weserbaufonds, das sind 700000 *M*. Diese 700000 *M* sind zu 3 $\frac{1}{2}$ % belegt. Die Zinsen aus diesem Fonds fließen in den Fonds selbst, soweit sie nicht verwandt werden. Und da hat es großes Interesse für die beteiligten Landesteile, daß die Verzinsung auch ordnungsmäßig ist. Wenn nur mit 4 verzinst wird, dann bringt das schon 3500 *M* mehr und wahrscheinlich ist noch mehr zu bekommen. In Ermangelung eines Antrages sehe ich mich veranlaßt, die Staatsregierung zu fragen, ob dieser Anregung entsprochen werden wird.

Präsident: Der Berichterstatter Herr Abg. Enneking hat das Wort.

Abg. **Enneking:** M. H.! Das hängt zusammen mit dem Gesamtabschluss, welchen die Staatsregierung mit der Landesbank abgeschlossen hat, und da läßt sich nicht genau feststellen, wieviel hierauf entfällt. Es muß ein gewisser Teil von den jährlichen Gewinnerträgen der Landesbank, welche die oldenburgische Staatsregierung außer der Verzinsung erhält, mit berechnet werden. Im vergangenen Jahre waren es 45000 *M*, und wird eine genaue Berechnung dieser Summe als Zinszuschlag eine höhere Verzinsung bringen. Der Ausschuß hat von einem Antrage abgesehen und ersucht die Regierung, zu prüfen, ob diese Gelder zu einem höheren Zinsfuße vorteilhaft zu belegen seien. Es würde sonst leicht dahin führen können, daß ein neuer Vertrag mit der Bank abgeschlossen werden müßte und dann bestände die Gefahr, wenn hier mehr Zinsen gegeben werden, daß an anderer Stelle das Gegenteil eintrete und ein neuer Abschluß sich vielleicht nicht günstiger gestalten würde.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) hat das Wort.

Abg. **Tanzen:** M. H.! Es steht klar und deutlich im Bericht, daß der Betrag einer Verzinsung von 3 $\frac{1}{2}$ % entspricht. Im übrigen handelt es sich um einen Fonds, der doch nicht irgendwo als Kassebestand belegt werden darf. Der soll doch belegt werden zu dem landesüblichen Zinsfuß und deshalb möchte ich die Staatsregierung fragen, ob nicht eine Belegung zu 4% erfolgen kann.

Präsident: Herr Abg. Hollmann hat das Wort.

Abg. **Hollmann:** M. H.! Diese Angelegenheit ist vor zwei oder drei Jahren schon geprüft. Es hängt dies wohl



etwas damit zusammen, daß im Jahre 1911 der Zinsfuß etwas niedrig war. Im Jahre 1912 wird die Verzinsung höher sein. Ein erheblicher Teil der Gelder ist zu wechselndem Zinsfuß belegt und weil der Zinsfuß 1911 niedrig war, wird sich für 1912 eine höhere Verzinsung ergeben, wenn ich mich richtig entsinne.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter gewünscht? Dann schließe ich die Beratung und bitte die Herren, die den Antrag des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag des Ausschusses ist angenommen,

Es folgt nunmehr 4. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 76.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle die Kosten zum Erwerb des Gartens des Grundstücks Koppelstraße 1 in Oldenburg bis zu 3000 *M.* bewilligen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Anlage 76. Da das Wort nicht verlangt wird, schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab und bitte ich die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

5. Gegenstand der Tagesordnung ist:

Bericht des Finanzausschusses über die Petition Emil Brenner in Dienstweiler bei Birkenfeld.

Der Ausschuß beantragt:

Der Landtag wolle über die Petition Emil Brenner zur Tagesordnung übergehen.

Ich eröffne die Beratung über diesen Antrag und die Petition Brenner. Da das Wort nicht verlangt wird, schließe ich die Beratung. Wir stimmen auch hier ab und bitte ich die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

6. Gegenstand:

Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Arbeiters Julius Bahr aus Eckhorst im Fürstentum Lüneburg.

Der Ausschuß beantragt:

Die Petition durch den Beschluß beim Voranschlage für erledigt zu erklären.

Ich eröffne die Beratung über diesen Antrag des Ausschusses und über die Petition. Auch hier ist das Wort nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab und bitte ich die Herren, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

7. Gegenstand ist:

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Umbau des Amtsgerichtsbauhauses in Oberstein und Erbauung einer Dienstwohnung für einen Amtsrichter daselbst. (Anlage 36.)

Es liegen dazu vier Anträge vor. Eine Minderheit des Ausschusses, Herr Abg. Hug, beantragt im Antrage 1:

Der Landtag wolle beschließen, die Vorlage anzunehmen und die Staatsregierung ermächtigen, zur Durchführung der Vorlage die Summe von

90000 *M.* zu Lasten des Fürstentums Birkenfeld anzuleihen.

Der ganze Ausschuß mit Ausnahme des Abg. Hug stellt den Antrag 2:

Der Landtag wolle beschließen, die Vorlage abzulehnen.

Im Antrage 3 wird beantragt:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, die bei Beratung der Vorlage im Ausschuß zutage getretenen Gesichtspunkte erneut zu prüfen und der nächsten Versammlung des Landtages eine Vorlage zu machen.

Der ganze Ausschuß stellt den Antrag 4:

Der Landtag wolle die zu der Vorlage eingegangenen Petitionen für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung über alle Anträge des Ausschusses und über die Vorlage 36 der Staatsregierung und gebe das Wort dem Berichterstatter Herrn Abg. Hug.

Abg. Hug: *M. H.!* Wie Sie aus dem Bericht gesehen haben, ist die Situation für Annahme der Vorlage sehr gering, nichtsdestoweniger halte ich es für meine Pflicht, noch einmal den Versuch zu machen, den Landtag umzustimmen. Im wesentlichen kann ich mich dabei auf den Bericht beziehen. Es sind darin die verschiedenen Meinungen zum Ausdruck gekommen. Es ist zum Ausdruck gekommen, daß die Stadt Oberstein das Amtsgericht gern behalten möchte, es ist zum Ausdruck gekommen, daß die Stadt Idar und was dazu gehört, eine bessere Lage des Amtsgerichts und darum keinen Umbau, sondern einen Neubau wünschen, es ist darin zum Ausdruck gekommen, daß die Bestrebungen, in Herrstein wieder ein Amtsgericht zu errichten, immer noch lebendig sind. *M. H.!* Das zunächst zum Ausschußberichte. Persönlich gestatten Sie mir noch ein paar Worte dazu zu sagen.

Es ist kein Zweifel, daß das Interesse der Allgemeinheit dem Interesse eines einzelnen Ortes vorangeht, aber, meine Herren, es ist auch kein Zweifel, daß, wenn das Amtsgericht von Oberstein wegfällt, die Obersteiner recht haben, wenn sie sagen, es würde für sie, wenigstens für einen großen Teil, zum wirtschaftlichen Schaden sein. Sie empfinden das umso mehr, als gegenwärtig die wirtschaftlichen Verhältnisse Obersteins sehr schlecht sind. *M. H.!* Ausschlaggebend ist die Kostenfrage. Von diesem Gesichtspunkte aus hat auch der Provinzialrat die Sache betrachtet. Es ist im Provinzialrat mit 13 gegen 3 Stimmen die Vorlage angenommen worden. Im Provinzialrat hat man keineswegs übersehen, daß es für Idar oder einen anderen Teil des Fürstentums wünschenswert ist, wenn das Amtsgericht an den sog. Klogberg kommt, welcher mehr nach Idar hin liegt, aber man ist in den Kreisen keineswegs im Zweifel, daß die Kosten ganz außerordentlich hohe sind. Sie sind im Ausschuß vom Regierungsvertreter auf 300000 *M.* angegeben. *M. H.!* Wir sind gewohnt, daß von der fachmännischen Seite, die auch der Regierung zur Seite steht, gewöhnlich die Kosten geringer oder doch mäßig angeschlagen werden und die genaue Feststellung ist auch unmöglich. Aber, meine Herren, der Platz liegt in einem



Tal. Um ihn für den Verkehr zu erschließen, muß eine Brücke über die Nahe gebaut werden, er muß außerordentlich aufgehöhht werden, es muß eine Zuwegung nach verschiedenen Straßen geschaffen werden, kurz, eine Menge Geld wird notwendig sein, um allein ordentliche Zugänge zu schaffen.

Es wurde dann gesagt, daß die Stadt Idar bereit sei, ganz abgesehen von lokalen Annehmlichkeiten, die Idar bekommen wird, nur im rein städtebaulichen Interesse Opfer zu bringen. M. H.! An und für sich halte ich es nicht für wünschenswert, daß die Sitte einreißt, wenn Einrichtungen für die Allgemeinheit gemacht werden, daß dann einzelne Städte außerordentliche Opfer bringen. Es ist zwar noch geheim, als geheim hat es der Gemeinderat von Idar behandelt, die Spaziergänger es aber in der ganzen Gegend vom Dache, daß die Stadt Idar 25000 M hergeben will, wenn das Amtsgericht an den Klotzberg kommt. M. H.! Das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein gegenüber der großen Summe der Ausgaben, die notwendig sind, um auf dem Klotzberg das Gebäude zu errichten. Idar muß eine Straße bauen von etwa 4 km Länge. M. H.! Was das heißt, eine Straße zu bauen im Tal an einem Bach vorbei, der im Frühjahr immer Hochwasser führt, das werden Ihnen Sachverständige, der Herr Geheime Oberbaurat Freese, vielleicht besser darlegen können. Ich kann mir nicht denken, daß Idar in der Lage sein wird, ein höheres Opfer zu bringen als 25000 M, denn dann würde es die Steuerkraft seiner Bürger geradezu auspumpen. Inwieweit es möglich ist, wenn die Straße fertig ist, Plätze zu gewinnen und zu verkaufen, das steht dahin, das kann ich nicht beurteilen.

M. H.! Der geplante Umbau reicht auf lange Zeit aus. Es ist unmöglich, jedem ein Amtsgericht vors Haus zu setzen, jedermann geht auch nicht jeden Tag zum Amtsgericht, sondern es ist doch, wenn man Tag für Tag nimmt, eine verschwindende Menge Menschen, die nach dem Amtsgericht geht. Und, wenn das Amtsgericht nicht an den Klotzberg kommt, oder was noch wünschenswerter wäre, an die Straße zwischen Oberstein und Idar, dann werden Sie nicht umhin können, es auf irgend einen Berg oder Buckel zu setzen. Jetzt liegt es auf einem Buckel, aber die Welt ist einmal buckelig dort, die können wir auch nicht gerade machen. Ich habe angenommen, daß es wünschenswert sei, das Amtsgericht an die Straße von Oberstein nach Idar zu bringen, aber nach meiner Prüfung sind die dort noch vorhandenen Plätze so teuer, daß wahrscheinlich von der Staatsregierung im Interesse der Finanzwirtschaft des Fürstentums davon Abstand genommen werden muß. Das Geld spielt eben eine Rolle dabei und von diesem Gesichtspunkte hat die Staatsregierung die Vorlage gemacht, von der Wirkung der Kosten auf die Finanzlage des kleinen Landes. M. H.! Die Staatsregierung hat bei den Verhandlungen im Ausschusse auch mitgeteilt, daß sie bei der Ueberlastung, die heute vorhanden ist, einen Umbau des Gefängnisses für notwendig hält. M. H.! Die Zustände am Amtsgericht sind sicher unhaltbar, sodaß sie dringend einer Aenderung und Besserung bedürfen und wenn wir die Vorlage heute ablehnen, ist nicht gesagt, daß in einem Jahre das beschlossen werden wird. Ich persönlich bin der An-

sicht, daß man in einem Jahre das Geschrei und Streiten um den Platz noch ebenso treiben wird wie heute, ich glaube kaum, daß ein günstigeres Angebot gemacht werden kann.

M. H.! Dann muß man nicht vergessen, daß heute die Amtskasse, das Kataster- und Vermessungsbüro unweit des Amtsgerichts ist, sie liegen zusammen. Es ist also für diejenigen, die vom Lande hereinkommen, bequem, die Geschäfte sowohl beim Amtsgericht als auch bei der Amtskasse zu erledigen. Setzt man das Amtsgericht an den Klotzberg, dann reißt man beide Behörden wieder auseinander.

M. H.! Auch von dem Gesichtspunkte, die beiden Städte zusammen zu bringen, ist die Vorlage behandelt worden. Ich sage Ihnen, meine Herren, wenn Sie nach den Wünschen der Petition von Idar und Algenrodt beschließen, so treiben Sie die Städte auseinander, aber nicht zusammen. Ja, Herr Dörr, ich kenne Ihre Leute auch. (Abg. Dörr: Die Obersteiner!) Nein, die Idarer sind von demselben Holz geschnitten. Es ist noch gar nicht lange her, da hat im hohen Gemeinderat zu Idar einer der hervorragendsten Vertreter gesagt: „Ja, wenn es Geld kostet, dann wollen wir nichts davon wissen, dann gehen wir ebenso lieb nach Oberstein. Und, meine Herren, es ist nicht zu leugnen, daß es bequem ist, von da nach dem Amtsgericht zu kommen, Idar ist mit Oberstein durch eine elektrische Straßenbahn verbunden.“

M. H.! Sie müssen auch in Betracht ziehen, daß die Stadt Oberstein in den letzten Jahren bestrebt gewesen ist, die Zuwegung zum Amtsgericht zu verbessern, die früher außerordentlich schlecht war. Sie hat einen Bahnübergang mit einem Kostenaufwand von 70000 M geschaffen und das Geld ist weggeschmissen, wenn das Amtsgericht von dort wegfommt. Gewiß könnte die Zuwegung besser sein, sie mag auch nicht richtig beordnet sein, aber Tatsache ist, daß die Stadt Oberstein die Opfer gebracht hat, das ist nicht aus der Welt zu schaffen.

M. H.! Es mag nicht viel verloren sein, wenn noch ein Jahr dahingeht und noch einmal geprüft wird, aber ich bin der Ansicht, daß die Situation nach einem Jahre keine andere sein wird, als sie heute ist, und ich bin der Ansicht, daß es Pflicht des Landtages ist, den unhaltbaren Zuständen am Amtsgericht Oberstein sobald wie möglich, also schon jetzt, ein Ende zu machen.

Präsident: Herr Abg. Dörr hat das Wort.

Abg. **Dörr:** Ich möchte zunächst einige Punkte von dem richtig stellen, was der Herr Berichterstatter vorgebracht hat. Der Herr Berichterstatter hat gesagt, daß die Stadt Idar „im geheimen“ beschlossen habe, 25000 M als Opfer zu bringen. Ich habe hier die Petition der Stadt Idar; in ihr ist das Protokoll der betr. Gemeinderatssitzung enthalten, aber davon, daß die Sitzung geheim war, steht nichts drin.

Dann hat der Herr Berichterstatter gesagt, daß, wenn das Amtsgericht auf den Klotzberg gebaut werden sollte, eine Brücke über die Nahe erforderlich sei. Das ist durchaus nicht nötig. Eine Brücke über den Idarbach ist da, sie muß verbessert werden und das genügt. (Abg. Hug: Die ist auch darnach!) Ich sagte, sie muß verbessert werden.

Dann hat der Herr Berichterstatter von „Idar und



dem, was dazu gehört“, gesprochen. Es könnte hierdurch der Eindruck aufkommen, als wenn lediglich die Stadt Idar im Gegensatz zu Oberstein für das Amtsgericht einen anderen Platz wünschte. Dem ist nicht so, sondern hinter Idar steht die ganze Landbürgermeisterei Idar, und eine große Zahl von Landgemeinden hat sich der Idarer Petition angeschlossen.

Endlich hat der Herr Berichterstatter davon gesprochen, daß die Stadt Oberstein große Kosten aufgewandt habe, um die Zuwegung zum Amtsgericht zu verbessern. Es handelte sich nicht darum, die Zuwegung zum Amtsgericht zu verbessern, sondern darum, Baugelände aufzuschließen. Das war der springende Punkt.

Im übrigen liegt m. E. die Sache so: Selbst der Herr Abg. Hug gibt als Minderheit im Bericht zu, daß es sehr schön wäre, wenn das neue Amtsgericht auf dem Platze am Klogberge errichtet würde. Die Staatsregierung, das geht auch aus dem Berichte hervor, steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Platz auf dem Klogberge geeignet ist, lediglich an der Finanzfrage sei die Sache gescheitert. Die Staatsregierung war s. B. dem Plane der Errichtung des Amtsgerichts am Klogberg näher getreten, sie hat die Sache verfolgt, sie hat mit Idar verhandelt und schien auf dem Standpunkte zu stehen, daß, wenn Idar ein Opfer brächte, auf den Plan eingegangen werden könnte. Das letztere hat sich damals zerschlagen. Jetzt ist aber darin eine Aenderung eingetreten, Idar hat beschlossen, 25 000 M für den Platz am Klogberge herzugeben. Außerdem möchte ich aber doch die Frage stellen: Wenn unsere Finanzen jetzt einen Neubau nicht vertragen, wann sollen sie es dann? Ich habe vor Weihnachten hier nachzuweisen gesucht, daß infolge der Finanzreform die Finanzen des Fürstentums Birkenfeld sich ganz außerordentlich gehoben haben. Wir haben bis zum Jahre 1909 stets eine negative Spannung zwischen den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen gehabt, von 1905 ab habe ich das verfolgt, 1909 betrug die Spannung minus 114 000 M. Mit der Finanzreform trat sofort ein Umschwung ein. 1910 betrug die Spannung plus 81 000 M, 1911 plus 83 000 M und außerdem konnte noch der Betriebsfonds um 50 000 M erhöht werden. Also so gut wie jetzt waren die Finanzen des Fürstentums noch nie, wenn jetzt nicht die Gelegenheit benutzt wird, dann wird aus einem Neubau nie etwas. Als man vor einigen Jahren daranging, ein neues Verwaltungsgebäude für die Regierung in Birkenfeld zu errichten, da hat niemand von unseren schlechten Finanzen gesprochen. Mindestens ebenso notwendig, wie dieses Verwaltungsgebäude war, ist eine Aenderung der Amtsgerichtsverhältnisse in Oberstein, das wird ja auch von allen Seiten anerkannt.

Ich stehe also auf dem Standpunkte, daß die finanzielle Seite der Sache, auf die die Regierung sich hauptsächlich beruft, durchaus nicht durchschlagend sein kann. Das Amtsgericht liegt so ungelegen wie möglich. Wenn man eine Aenderung will, soll man gleich eine ordentliche und gründliche Aenderung vornehmen. Man will mit einem Kostenaufwande von 90 000 M einen provisorischen Umbau vornehmen, aber — das ist ja im Finanzausschusse erörtert worden und geht auch aus dem Berichte hervor — wenn 170—200 000 M aufgewandt werden, dann können wir

ein neues Amtsgerichtsgebäude an erwünschter Stelle bekommen. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, wenn man vernünftig wirtschaften will, auf welchen Vorschlag man eingehen muß.

Präsident: Herr Abg. Mohr hat das Wort.

Abg. Mohr: Ich will nicht viel sagen zu der Vorlage, ich will nur hervorheben, daß die Vorlage für Birkenfeld recht wichtig ist, erstens finanziell wichtig und zweitens, daß damit das dritte Amtsgericht neu errichtet werden soll. Ich für meinen Teil, das ist ihnen allen bekannt, bin Gegner der Zentralisierung, ich habe schon vor Jahren hier erklärt, daß ich nur für ein drittes Amtsgericht sei, wenn dieselben dezentralisiert würden. Ich habe im Ausschusse schon hervorgehoben, daß ich nur für eine Vorlage sei, die das Amtsgericht auseinanderlegt, ein Amtsgericht soll in Oberstein bleiben, das zweite in Idar und das dritte in Herrstein errichtet werden. Da wir Kollegen aus dem Fürstentum uns über diese Frage nicht einigen konnten, so glaubte ich von einem Antrage in dieser Sache absehen zu müssen und einigten wir uns dahin, daß wir die Vorlage, wie sie hier vorliegt, ablehnen, und der Staatsregierung nochmals Gelegenheit geben, die Sache bis zum nächsten Herbst zu prüfen. Auch ist mir seit gestern abend ein Schreiben von der Stadt Oberstein zugegangen, welches einen ganz neuen Gesichtspunkt in die Sache hineinwirft und auch der Prüfung wert ist. Deshalb bitte ich Sie, m. H., stimmen Sie für den Antrag der Mehrheit des Ausschusses.

Präsident: Herr Abg. Hartong hat das Wort.

Abg. Hartong: M. H.! Mit dem schriftlichen Berichte kann ich mich in einem Punkte nicht einverstanden erklären. Es ist da im Anfange gesagt, daß ein Bedürfnis für die Aenderung des Amtsgerichtsgebäudes in Oberstein hervorgerufen und daß die Beseitigung der vorhandenen Uebelstände verzögert worden wäre, weil Herrstein darum gebeten habe, dort ein Amtsgericht zu errichten. Das halte ich nicht für zutreffend. Dieser Umstand ist kein Grund, der die Sache verzögern konnte, diesen Umstand bezeichne ich als eine Schwierigkeit, als eine der vielen Schwierigkeiten, die sich in dieser Angelegenheit ergeben haben. Die Schwierigkeiten hätten m. E. schon überwunden werden können, wenn die Ermittlungen, die jetzt angestellt worden sind, früher vorgenommen wären. Für die Verzögerung der Angelegenheit, die auch ich bedauere, liegen andere Gründe vor, die ich hier nicht erörtern will. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß diese Vorlage abgelehnt werden muß und zwar auch deswegen, weil ich glaube, es nicht verantworten zu können, für das Projekt so erhebliche Kosten aufzuwenden. Der Herr Berichterstatter sagte, es müsse die Kostenfrage ausschlaggebend sein. Ganz gewiß bin auch ich der Meinung, daß wir die finanzielle Lage des Fürstentums wohl in Betracht ziehen müssen, aber es ist doch auch dafür zu sorgen, daß dem Amtsgericht Oberstein nun endlich ein würdiges Heim geschaffen wird, das auch für die absehbare Zukunft ausreichend sein wird. Wenn jetzt nur auf 25 Jahre gebaut wird, dann stehen wir nachher wieder vor der gleichen Frage und es ist doch wohl sicher, daß dann das Bauen noch teurer sein wird wie heute und ich



glaube kaum, daß die Finanzen dann besser sein werden. Dieses Provisorium würde m. E. auch den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht genügen. Es ist in der Begründung der Vorlage gesagt, daß die Mängel des jetzigen Gebäudes hauptsächlich darin beständen, daß die Sitzungszimmer des Amtsgerichts zu niedrig seien. Ja, m. H., nach den Plänen, die vorgelegt sind für den Umbau würde dieser Mangel einfach bestehen bleiben, denn die Sitzungszimmer der Richter sollen (mit Ausnahme allerdings des Schöffengerichtssaals) in dem alten Gebäude untergebracht werden.

Ich habe im Ausschuß auch schon darauf hingewiesen, daß die Zustände des Gefängnisses unhaltbar sind und daß auch hier etwas geschehen muß. Das Gefängnis ist viel zu klein und hat kaum einen Hof, auf dem die Gefangenen sich bewegen können. Es sind auch in letzter Zeit zwei Gefangene entwichen, mit infolge der schlechten Zustände des Gefängnisses. Also, wenn der Umbau des Amtsgerichtes vorgenommen wird, wird in allernächster Zeit der Umbau des Gefängnisses unvermeidlich sein.

Ich bin ferner der Ansicht, daß es wünschenswert wäre, das Amtsgericht nicht an seinem jetzigen Platze um- oder neuzubauen, sondern einen anderen geeigneten Platz zu suchen. Nicht ungeeignet erscheint ja allerdings der schon genannte Platz am Klotzberge. Ob nun die Kosten des Baues an dieser Stelle so erheblich sein werden, daß sie nicht zu erschwingen sind, muß geprüft werden. Erleichtert wird die Sache dadurch, daß Idar jetzt entgegenkommt und schon 25 000 *M.* geboten hat. Ich persönlich bin überzeugt, daß Idar vielleicht noch etwas mehr entgegenkommen wird und daß auch die Kosten nicht so übermäßig hoch sein werden. Oberstein rechnet mit 400 000 *M.* Diese Summe ist ganz entschieden zu hoch gegriffen, allerdings sind Wegekosten und Brückenbaukosten dabei, diese müßten aber wesentlich von Idar getragen werden, denn es ist Idarers Gebiet, worauf gebaut wird. Oberstein würde nur eine ganz kleine Strecke Weges anzulegen haben. Der Weg, der jetzt von der Hauptstraße herunterführt, kann so steil nicht bleiben, aber das sind nur etwa 100 m. Ich halte den jetzigen Amtsgerichtsplatz nicht für geeignet. Wenn man einmal an den Bau des Amtsgerichts herantritt, muß man auch erstreben, dahin zu bauen, wo es dem Publikum am bequemsten ist, und der jetzige Platz in Oberstein kann als bequem für das Publikum nicht bezeichnet werden. Er liegt ganz an der dem Klotzberg entgegengesetzten Seite und dazu auf einer Anhöhe.

Wenn Oberstein dagegen ausführt, es habe viele Kosten aufgewandt für die Unterführung der Bahn, so hat Oberstein, wie Herr Kollege Dörr schon gesagt hat, das nicht für das Amtsgericht getan, sondern überhaupt für den Verkehr, der sich mehr dort hingezogen hat. Der Stadtteil hinter der Bahn ist aufgeschlossen und es erwies sich die Notwendigkeit, für die Sicherheit des Verkehrs eine Unterführung zu schaffen und die 70 000 *M.*, die Oberstein da hineingesteckt hat, können hier keine Rolle spielen.

Herr Abg. Hug hat darauf hingewiesen, daß die Amtskasse und das Katasterbureau in dem dem Amtsgerichtsgebäude ganz nahe gelegenen staatlichen Gebäude sei. Die Amtskasse hat mit dem Amtsgericht nichts zu tun und wenn das Katasterbureau davon getrennt wird, so ist das nicht

schlimm, so weit ist der Weg nicht. Ich weise darauf hin, daß die Stadt Birkenfeld nächstens in derselben Lage ist, Amtsgericht und Kataster nicht beieinander zu haben. Wir betrachten das aber nicht als einen Uebelstand.

Also ich komme dahin, daß ich der Vorlage nicht zustimmen kann. Ich bedaure allerdings, daß nun die Angelegenheit noch weiter verzögert wird, aber ich halte es doch für richtig, daß sie noch einmal gründlich nach allen Seiten hin geprüft wird und ich hoffe, daß wir dann im nächsten Jahre hier eine Vorlage bekommen, der wir zustimmen können.

Präsident: Herr Abg. Henn hat das Wort.

Abg. **Henn:** M. H.! Ich kann den Ausführungen des Herrn Kollegen Mohr nur zustimmen. Auch ich bitte den Landtag, die Vorlage abzulehnen, dann wird der Staatsregierung und den Mitgliedern des Landtages doch wieder Gelegenheit geboten, die Sache aufs Neue zu prüfen, dann kann ja im nächsten Herbst der Landtag darüber entscheiden.

Präsident: Herr Abg. Enneking hat das Wort.

Abg. **Enneking:** M. H.! Amtsgerichtsangelegenheiten sind mein Spezialgebiet (Heiterkeit!) und kann ich nicht unterlassen, zu dieser Angelegenheit kurz das Wort zu nehmen. M. H.! Der Standpunkt unserer Staatsregierung ist Zentralisation der Behörden und hat gewisse Unannehmlichkeiten für die Beamten. In Preußen ist die Staatsregierung der gegenteiligen Ansicht und dezentralisiert. Ich habe früher schon ausgeführt, daß in unserm benachbarten Preußen der Amtsgerichtsitz sich sehr viel an ganz kleinen Plätzen befindet. Ich will nur hervorheben Wittlage, mit 4 oder 5 Häusern, welches 3 km von Bad Essen (3000 Einwohner) entfernt liegt. Dasselbe ist der Fall bei Bersenbrück mit der nahe gelegenen Fabrikstadt Bramsche, welche 4000 Einwohner hat. Diese beiden Städte haben es nicht fertig bringen können, daß das Amtsgericht dorthin verlegt werde. Die preussische Staatsregierung legt großen Wert darauf, daß der Richter mitten in seinem Bezirke wohnt, um Land und Leute kennen zu lernen, da er dann ganz anders wirken kann, als wenn er den Eingeseffenen fern steht.

Was diese Vorlage speziell anbelangt, so scheint die Staatsregierung der Ansicht zu sein, daß eine Dezentralisation bzw. Verlegung einer Abteilung nach Herrstein nicht gut angängig sei und hat es hauptsächlich damit begründet, daß dort eine zu geringe Bevölkerungsziffer ist und zu wenig Arbeit sein würde; es kämen, wie in der Begründung steht, nur 3500 Einwohner in Frage. Wenn man aber die Begründung der Vorlage genau prüft, so kann man mit mindestens 5740 Einwohnern rechnen, die dem Amtsgerichtsbezirk Herrstein recht gut zugewiesen werden könnten. Herr Abg. Mohr ist örtlich besser orientiert und behauptet, daß 8000 Einwohner in Frage kommen. Ich darf wohl einen Satz aus der Begründung der Regierungsvorlage vorlesen. Da steht auf der dritten Seite: „Bei den Gemeinden unter g mit zusammen 2554 Einwohnern, würde es anscheinend richtiger sein, sie bei dem Amtsgericht Oberstein zu belassen; es würden aber auch wohl keine großen Bedenken vorliegen, sie dem Bezirk eines Amtsgerichts in Herrstein zuzulegen.“



M. H.! Danach zu schließen, kann man die fragl. Gemeinden ebenfogat einem Herrsteiner Amtsgerichtsbezirk zulegen. Dann heißt es in der Begründung weiter: „Es muß bedenklich erscheinen, Gemeinden gegen ihren Wunsch und im Widerspruch mit den Interessen ihres Bezirks, dem Bezirk eines Amtsgerichts in Herrstein zuzulegen.“ M. H.! Das steht nun doch im direkten Widerspruch mit der früheren Äußerung der Staatsregierung. Ich will nur darauf hinweisen, daß bei den Verhandlungen Amtsgericht Damme, wo 13 000 Einwohner in Frage kommen, gesagt wurde: das kommt gar nicht auf die Einwohnerzahl an, sondern wie viel Arbeit da ist. Jetzt ändert die Regierung ihre Ansicht und bemißt die Verlegung einer Abteilung nach der Einwohnerzahl und nicht mehr nach der Arbeit. Gerade die Staatsregierung hat bei Damme zur Begründung zu wenig Arbeit hervorgehoben, und Birkenfeld mit seinen wenigen Einwohnern könne damit nicht verglichen werden, weil der parzellierte Grundbesitz viel Arbeit mache. Nun, m. H., kommt hier ja gerade das letztere in Frage. Es handelt sich um den großen, räumlichen Bezirk Herrstein mit stark parzelliertem Grundbesitz, welcher viel mehr Arbeit in Grundbuchsachen hat als die Stadt Oberstein mit seiner geringen Flächengröße. Daß in Herrstein viel Arbeit vorhanden, dafür sprechen die drei Sprechstage im Monat und daß ein Katasterbeamter in Herrstein stationiert ist, der konsequenterweise nach dem Regierungsstandpunkt beim Amtsgerichtssitz in Oberstein wohnen müßte. Ich bin der Ansicht, daß die Regierung nach ehrlicher rechtlicher Prüfung eine Abteilung nach Herrstein verlegen muß, eine in Oberstein belassen und eine nach Idar verlegen, womit dann allen geholfen sein würde.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Dörr das Wort.

Abg. **Dörr:** Es ist noch eine Petition von Oberstein eingegangen in der Amtsgerichtsfrage. Ich glaube, der Eingang ist noch nicht verkündet.

Präsident: Eine Petition an den Landtag ist nicht eingegangen. (Abg. Dörr: Jawohl!) Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Hartong das Wort.

Abg. **Hartong:** Es ist eine Petition an den Landtag. Die ist mir vorgelegt worden. Ich habe sie dem Registrator übergeben. (Die Petition wird an den Präsidenten überreicht.)

Präsident: Das ist eine Petition von der Stadtbürgermeisterei Oberstein. Darin heißt es:

„In der Amtsgerichtsfrage bitten wir im besonderen nochmals, von einem Neubau auf einem etwa in Aussicht genommenen anderen Plage absehen zu wollen mit Rücksicht auf die hierdurch dem Lande entstehende außergewöhnlich hohe Belastung und das andererseits bei dem diesjährigen Voranschlag des Landesverbandes verbliebene nicht unbedeutende Defizit.“

Auch dürfte von einem Neubau deshalb abgesehen werden können, weil der Platz, auf welchem sich das Amtsgericht jetzt befindet, zu jedem Umbau, durch welchen sich die Raumfrage auf weite Zeit hinaus mit verhältnismäßig geringen Mitteln lösen läßt, geeignet erscheint.“

Wenn der Landtag einverstanden ist und der Herr Berichterstatter, können wir diese Petition sofort mit zur Beratung stellen. Der Landtag ist einverstanden. Wird das Wort noch verlangt? Wenn es nicht der Fall ist, dann schließe ich die Beratung und gebe das Schlußwort dem Herrn Berichterstatter.

Abg. **Sug:** Verzeihen Sie, m. H., wenn ich Sie mit einigen Ausführungen belästige. Zunächst kann ich nicht umhin, festzustellen, daß Herr Kollege Enneking sich hier als Spezialist in der Beurteilung der Lage der Amtsgerichte dargestellt hat. Ich glaube aber, daß die Kollegen aus Birkenfeld nicht den richtigen Anwalt in ihm gefunden haben. Was er anführt, ist wenig stichhaltig. Besonders das Beispiel von Wittlage scheint hier gar nicht zu passen. Wenn etwas historisch sich entwickelt hat und geblieben ist, so wird man das gelten lassen müssen, und sind wir aus diesem Grunde auch seinerzeit dafür gewesen, daß Damme das Amtsgericht nicht genommen werde. Dann ist der Kreis Wittlage ein außerordentlich großer Kreis, wie mir von meinem Kollegen Schulz gesagt wird, der also wohl rechtfertigt, daß in diesem Kreis ein Gerichtsprengel ist. Wir haben auch sonst ähnliche Verhältnisse. Ich erinnere an das Amtsgericht Ellwürden. Dann ist die Lage Dammes mit der Herrsteins gar nicht zu vergleichen. Nach Damme geht eine Eisenbahn, nach Herrstein wird so leicht keine kommen. (Abg. Enneking: Haben wir früher in Damme auch nicht gehabt.) Dann sagte er, es würde in Herrstein für einen Amtsrichter genügend Arbeit sein. Ich glaube, wenn wirklich man die Zahl der Einwohner, die dahin gehören, verdoppeln wird, wie in der Begründung der Vorlage für richtig angesehen wird, auf 5000, so wird bei der dortigen friedlichen Bevölkerung wohl kaum ein Amtsrichter genügend zu tun haben. Herr Enneking geht sonst von dem Standpunkt aus, daß im allgemeinen die Staatsbeamten nicht viel tun. Er ist darum gar nicht zu verstehen, daß er dem Amtsrichter in Herrstein zumutet, daß er sich mit möglichst wenig Arbeit behilft. M. H.! Der Kollege Enneking steht doch sonst auf dem Standpunkt größter Sparsamkeit im Staatshaushalt. Da möchte er nun den kleinen Gerichtsbezirk Oberstein mit drei Amtsgerichten beglücken, eins in Oberstein, eins in Idar und eins in Herrstein. Ich glaube, wenn er nach Birkenfeld käme und würde das dort predigen, dann würden sie ihm sagen: „Herr, verschone uns mit deinem Segen!“

Nun noch ein paar Worte zu den anderen Ausführungen. Herr Abg. Dörr hat gemeint, es sei nicht bekannt, daß der Beschluß von Idar geheim sei. Als ich vor drei Wochen dort war, ist mir als geheim der Beschluß mitgeteilt worden. Daß mittlerweile die Idarer damit herausrücken, ist selbstverständlich. Nach meinen Informationen ist ferner der lebhaft Wunsch, daß nicht bloß über den Idarbach eine Brücke geschlagen wird, sondern auch über die Nahe. Der Wunsch ist begreiflich, vom Amtsgericht auf kürzestem Wege nach dem Bahnhof zu gelangen. Es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, daß die Stadt Oberstein diese große Summe von etwa 70 000 M aufgewandt habe, nicht um die Zuwegung zum Amtsgericht besser zu machen, sondern um ihr Baugelände aufzuschließen. Die Stadt Oberstein ist jetzt im Begriff und war früher



ihre Ansicht, eine andere Zutwegung zu ihrem Gelände zu machen, und zwar unten, wo es nach dem Wald hinaufgeht. Da wird eine Straße heraufgebaut, um eine bessere Zutwegung zu machen. Die Zutwegung nach dem Amtsgericht ist außerordentlich steil und kann dort nicht als eine bequeme Zutwegung des Baugeländes genannt werden. Es ist richtig — darin gebe ich Herrn Abg. Dörr recht —, daß man für das Verwaltungsgebäude in Birkenfeld große Mittel gefordert hat und sie auch bewilligt worden sind, und daß es richtiger gewesen wäre, man hätte erst ans Amtsgericht Oberstein gedacht.

Herr Abg. Mohr begründet seine Ansicht, die Vorlage abzulehnen, damit, daß bezüglich Oberstein ihm neue Gesichtspunkte mitgeteilt seien. Es wäre mir angenehm gewesen, wenn er sie mir mitgeteilt hätte. Aber ich nehme an, daß die Gesichtspunkte diejenigen sind, die ich auch bekommen habe. Oberstein würde bereit sein, für den Amtsrichter ein Haus zu bauen, erwartet dann aber, daß die Regierung die Verzinsung und Amortisation übernimmt oder für die Wohnung eine Miete zahlt. M. H.! Es mag aussichtslos sein oder nicht, nicht aus lokalen Gründen, nicht weil ich Abgeordneter von Oberstein bin, sondern aus dem Umstand, weil am billigsten die Sache erledigt wird, wie die Regierungsvorlage fordert, bitte ich Sie, den Antrag 1 anzunehmen.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Enneking das Wort.

Abg. **Enneking:** Ich danke Ihnen noch dafür, daß Sie im Schlußwort persönlich geworden sind und ich darauf nicht weiter eingehen kann.

Präsident: Das war eine persönliche Bemerkung. (Heiterkeit.) Wir kommen zur Abstimmung, und zwar stimmen wir ab über den Antrag 2: „Der Landtag wolle beschließen, die Vorlage abzulehnen.“ Ich bitte die Herren, die diesen Antrag der Mehrheit des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Soll ich die Stimmen feststellen oder ist es nicht nötig? (Zuruf: Wird nicht verlangt!) Damit ist Antrag 1 erledigt. Wir stimmen nunmehr über den Antrag 3 ab, der das Ersuchen an die Staatsregierung richtet, dem Landtag demnächst noch wieder eine Vorlage zu machen. Verlesen habe ich den Antrag. Ich bitte die Herren, die den Antrag 3 und gleichzeitig den Antrag 4 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Die Anträge sind angenommen.

Der 8. Gegenstand ist der

Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage, betreffend den Neubau eines Ministerial- und eines Landtagsgebäudes. (Anlage 20.)

Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Hug das Wort.

Abg. **Hug:** M. H.! Ich beantrage, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen und ihn erst dann zur Verhandlung zu bringen, wenn die Vorlagen über die Schulen erledigt sind. Ein Teil meiner Freunde kann sich nicht entschließen, jetzt dieser Vorlage ihre Zustimmung zu geben, so lange die anderen nicht erledigt sind. Wir wollen

Stenogr. Berichte. XXXII. Landtag, 2. Versammlung.

und können nicht auseinandergehen. Ich habe darum den Antrag gestellt und bitte ich Sie, ihn anzunehmen.

Präsident: Darf ich den Antrag so auffassen, daß Sie nicht auf Absetzung, sondern Zurückstellung antragen? (Abg. Hug: Jawohl!) Es ist also beantragt, den 8. Gegenstand zurückzustellen — so habe ich den Antrag Hug verstanden —, bis der 12. Gegenstand der Tagesordnung erledigt ist. Nicht wahr?

Abg. **Hug:** Nein, er soll zurückgestellt werden bis nach der zweiten Lesung der anderen Vorlagen.

Präsident: Das ist eine Absetzung. Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Tanzen:** Ich möchte den Antrag Hug unterstützen (Hört! Hört!) und zwar aus folgenden Gründen. Diejenigen, die sich vor Erledigung der Schulvorlagen nicht entschließen können, für das Ministerialgebäude zu stimmen, müssen die Gelegenheit bekommen, nach Erledigung der Schulvorlagen ihre Stimme für das Ministerialgebäude abgeben zu können. Diejenigen Abgeordneten, die eine Erledigung des Ministerial- und Landtagsgebäudes für dringend wünschenswert halten, müssen den Antrag Hug unterstützen, und zwar Zurückstellung des Punktes 8 bis nach Erledigung der Schulvorlagen in zweiter Lesung.

Präsident: Herr Abg. Feldhus hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Feldhus:** M. H.! Ich weiß nicht, was das Ministerial- und Landtagsgebäude mit den Schulvorlagen zu tun hat. (Sehr richtig!) Ich glaube, jeder einzelne Abgeordnete, wie er hier sitzt, ist mit diesen Gebäuden persönlich mehr verquidt wie mit allen andern. Wir wollen das Ministerialgebäude und für uns auch das Landtagsgebäude. Wie kann man damit nun einen Druck ausüben wollen auf die einzelnen Mitglieder, für die Schulvorlagen stimmen zu sollen. Das ist eine Verwirrung der Begriffe. Wenn wir ein Ministerial- und Landtagsgebäude für notwendig halten, stimmen wir dafür; wenn wir es nicht für notwendig halten, stimmen wir dagegen. Das mit den Schulen zu vermischen und damit einen Druck ausüben zu wollen, wohin soll das führen? Man trifft mit der Ablehnung der Gebäude niemand, höchstens die Regierung, vielleicht die Stadt Oldenburg. Wie kann man so etwas miteinander verquiden wollen? Um Parteisache daraus machen zu wollen vielleicht? Aber weshalb? Ich meine, gerade die Herren vom linken Flügel sollten am ersten dafür eintreten, sie schaffen ihren Leuten Brot.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Tanzen:** Nachdem Herr Abg. Feldhus sich soweit vom eigentlichen Gebiete der Geschäftsordnung entfernt hat (Zuruf: Hat er nicht!), ist mir wohl gestattet, kurz zu begründen, wie ich dazu komme, den Antrag Hug zu unterstützen. Es ist absolut kein Druck, der irgend jemand gegenüber ausgeübt werden soll, sondern es ist nichts anderes als die Ueberzeugung, daß, wenn die sämtlichen Schulen angenommen werden, wir die Finanzlage nach Kenntnis des Exposees der Staatsregierung nicht mehr derartig

günstig beurteilen können, um der Vorlage zuzustimmen. Andererseits ist es gegenüber der Staatsregierung der Ausdruck der Meinung, daß wir es nicht verstehen können, nachdem vor Weihnachten uns eine Anzahl wichtiger Vorlagen gegeben worden sind, über Weihnachten ganz unerwartet eine Anzahl anderer Vorlagen erscheinen und daß diese Vorlagen anscheinend auf den Wunsch einzelner Abgeordneter erschienen sind, wie auch in einer der Regierungsvorlagen steht: „Es scheint der Landtag in seiner Mehrheit für diese Vorlage zu sein.“ M. H.! Es scheint im Ministerium keine Einheitlichkeit zu herrschen. Das eine Ministerium schlägt die Vorlage des anderen Ministeriums tot. Wir haben also nicht die Verantwortung, sondern das Ministerium hat die Verantwortung und diejenigen Abgeordneten, die verschuldet haben, daß nach den wichtigen Vorlagen vor Weihnachten uns über Weihnachten auch noch diese Vorlagen auf den Tisch des Hauses geflogen sind.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Hug:** Gegenüber Herrn Abg. Feldhus möchte ich sagen, daß niemand der Abgeordneten damit einem Zwang ausgesetzt werden soll. Die Sache liegt doch so, daß im Ausschuß die Herren von der Rechten — wenn wir das Wort gebrauchen wollen — die Herren aus dem Münsterland und die Abgg. Mohr und Hollmann gegen das Ministerial- und Landtagsgebäude gestimmt haben. Und ich kann mir eine Situation sehr wohl denken, daß beispielsweise die Schule in Cloppenburg angenommen und das Ministerial- und Landtagsgebäude abgelehnt wird. Eine solche Situation will ich nicht schaffen helfen. Es sind keine Parteirücksichten, die uns dazu veranlassen, sondern, wie von Herrn Abg. Tanzen schon ausgeführt worden ist, gilt die Stellungnahme viel mehr der Regierung gegenüber. Wir haben im Laufe der Jahre wiederholt wichtige Dinge gehabt, die um nichts wichtiger waren als die Schulfragen, die uns beschäftigen werden. Da ist der betreffende Minister zum Ausschuß gekommen — ich will nur erinnern an die Museumsfrage — der Minister ist zum Ausschuß gekommen und hat gesagt: „Das und das wird geplant. Wenn ein großer Teil des Ausschusses der Ansicht ist, daß die Regierung das machen kann, so werden wir mit einer Vorlage kommen.“ Er hat nicht den Einflüsterungen einzelner Abgeordneter entsprochen, sondern den richtigen Weg, auf dem eine Verständigung möglich ist, eingeschlagen. Eine ganze Anzahl von Vorlagen, die an den Landtag gekommen sind, sind so vereinbart worden. Wir wollen mit unserm Antrag die Stellung des Landtags befestigen. Wir wollen, wie Herr Tanzen ausgeführt hat, wenn solche wichtigen Vorlagen kommen, darüber rechtzeitig unterrichtet sein.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dursthoff das Wort.

Abg. **Dursthoff:** M. H.! Die Hauptsache scheint mir zu sein, daß wir das Ministerial- und Landtagsgebäude wirklich durchbringen. Und wenn tatsächlich es einzelnen von uns schwer wird, im gegenwärtigen Augenblick dafür zu stimmen, so bin ich der Ansicht, ist es zweckmäßig, die Sache zurückzustellen, damit wir eine möglichst große und

sichere Mehrheit bekommen. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß das Ministerialgebäude unter allen Umständen eine Mehrheit haben wird, auch wenn einzelne von der Linken sich anders besinnen sollten.

Was die Ausführungen des Herrn Abg. Feldhus betrifft, so stehe ich vollständig auf dem Standpunkte des Herrn Feldhus. Ich halte es nicht für sachlich möglich, diese beiden Dinge miteinander zu verquicken. Und ich halte es für unheilvoll, eine solche Taktik, wie sie vielleicht im Reichstag hier und da angewandt wird, in unsere Landtagsverhältnisse hineinzutragen. Ich kann die Herren von der Linken nur ernstlich warnen, auf diesem Wege vorzugehen, denn ein solches Verfahren könnte sich mal bitter rächen.

Was dann Herrn Hug anbetrifft, so begreife ich nicht, daß er sich über diese Vorlagen wundert und diese Vorlagen der Regierung übel nimmt. Er verlangt doch für sich das Realgymnasium. Wie kann er es dann anderen übel nehmen, wenn sie auch ihre Pläne durchzubringen suchen.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort.

Abg. **Tanzen:** Ein Wort des Herrn Abg. Dursthoff veranlaßt mich, noch wiederum zur Geschäftsordnung zu sprechen. Herr Kollege Dursthoff hat sich als Warner hingestellt und gesagt, es wäre unheilvoll, wenn ein derartiges Vorgehen vom Landtag hier entsprechend vielleicht der Reichspolitik gemacht würde. Wer ist denn derjenige gewesen, der Vorlagen miteinander verquickt hat, die nichts miteinander zu tun haben? Was hat die Landwirtschaftsschule zu tun mit dem Realgymnasium in Oldenburg? Und wenn Sie die Situation im Verwaltungsausschuß und alles das, was in den letzten Wochen hier passiert ist, kennen, müssen Sie wissen, daß nicht wir von der Linken sondern die von der Rechten, zu denen sich Herr Dursthoff gesellt hat, die Landwirtschaftsschule mit dieser Vorlage verquickt haben. Und dies vor dem Laude festzustellen, halte ich für richtig. Und da ist es natürlich, daß wir uns mehren müssen, und dazu gehört die Zurückstellung der Vorlage über das Ministerialgebäude bis zur Erledigung der Schulvorlagen.

Präsident: Ich bitte, die Debatte nicht zu sehr in Verbindung zu bringen mit Verhandlungen, die draußen geflogen sind. Herr Abg. Hug hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Hug:** Ich will solche Handelsgeschäfte nicht machen, wie Herr Abg. Dursthoff mir zumutet. Wenn die Schulvorlage für Rüstringen nicht aus ihrer Notwendigkeit heraus angenommen wird, dann kann ich nichts dazu tun, dann mag sie fallen.

Präsident: Herr Abg. Tappenbeck hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Tappenbeck:** M. H.! Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß hier von unserer Seite mit diesen Dingen Handelsgeschäfte getrieben werden, sondern es hat sich die jetzige Situation ganz logisch aus den Verhandlungen vor Weihnachten entwickelt. Wie allen bekannt, ist hier über diese Schulfragen schon eingehend verhandelt, namentlich über eine höhere Schule für Cloppenburg, und ferner



ist am 22. November von seiten des Herrn Ministers der Kirchen und Schulen in einer uns alle überraschenden Weise dem Landtage angekündigt worden, daß das von mir seit langen Jahren erstrebte Realgymnasium nunmehr dem Landtag in nächsten Jahre vorgeschlagen werden solle. Seit dieser Erklärung der Staatsregierung habe ich in meiner Eigenschaft als Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg, nicht aber als Landtagsabgeordneter, mich bemüht, im Wege der Verhandlung mit dem Ministerium und dem Oberstudienkollegium zu erreichen, daß diese Vorlage noch in diesem Jahre eingebracht wird. Das war sachlich begründet, denn wir sitzen mit unserer überfüllten Oberrealschule augenblicklich in der Klemme, und uns kann nur geholfen werden, wenn das staatliche Realgymnasium wenigstens mit einer Klasse schon zu Ostern 1913 eingerichtet wird, was ohne Schwierigkeit möglich ist. Ich muß mir daher verbitten, daß mir andere Gründe unterschoben werden, und ich wehre mich gegen solche Verdächtigungen.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. **Dursthoff:** In Bezug auf die Haltung, die Herr Abg. Tanzen (Heering) in dieser Frage einnimmt, trennt uns beide allerdings eine unüberbrückbare Kluft. Ich stehe auf dem Standpunkt, man soll eine Vorlage sachlich ansehen, ob sie gut ist. Und wenn man das annimmt, dann muß man dafür eintreten ohne jede Nebenrückicht. Und auf dem Standpunkt stehe ich. Ich halte die Landwirtschaftsschule für segensreich, und deshalb stimme ich dafür. Herr Tanzen tut genau das Gegenteil. Er hält das Ministerial- und Landtagsgebäude für notwendig, stimmt aber trotzdem dagegen, um einen Druck auf andere Abgeordnete auszuüben. Und das halte ich für unheilvoll.

Präsident: Es war wohl ein lapsus linguae, als Sie sagten, es sei gegen seine Ueberzeugung. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Tanzen (Heering) das Wort.

Abg. **Tanzen:** Ich stelle fest, daß ich im vergangenen Jahre in der Schlussitzung erklärt habe, daß für mich und eine Anzahl meiner Freunde die Abstimmung über den Ankauf des Platzes nicht bindend sei für unsere schließliche Stellung zum Ministerialgebäude. Ich habe also schon damals das erklärt, was mich zu meiner heutigen Stellungnahme berechtigt. Ich wünsche jetzt aber nur die Zurückstellung. Ich habe auch Herrn Dursthoff nichts untergeschoben und bitte jetzt Herrn Dursthoff, auch für Zurückstellung zu stimmen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die dem Antrag stattgeben wollen, den Gegenstand 8 von der Tagesordnung abzusetzen und soweit zurückzustellen, bis die zweite Lesung der Schulvorlagen erledigt ist, sich zu erheben. — Geschicht. — 24. Bitte um die Gegenprobe. — Geschicht. — Ist mit 24 gegen 18 Stimmen angenommen. Der Gegenstand wird also abgesetzt.

Es folgt jetzt der 9. Gegenstand:

Bericht des Verwaltungsausschusses über eine Vorlage der Staatsregierung, betreffend Errichtung einer höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt in der Stadt Oldenburg. (Anlage 44.)

Eine Ausschlußmehrheit stellt den Antrag 1:

Ablehnung des Antrags der Staatsregierung.

— Herr Berichterstatter, Sie schrieben einmal „Antrag“, einmal „Anträge“; es wird wohl „Anträge“ heißen sollen, weil es zwei Ziffern sind; es ist immer dasselbe gemeint — und dann einen Eventualantrag, auf den ich später zurückkomme. Die Minderheit stellt den Antrag 5:

Annahme der Anträge 1 und 2 der Staatsregierung.

Damit sind die Ziffern 1 und 2 im Antrag 1 gemeint. Die Anträge 1 und 5 decken sich inhaltlich. Ich eröffne die Beratung über die Anträge 1 und 5. Vielleicht ist es auch zweckmäßig, die Eventualanträge und die anderen Anträge gleich mit einzuflechten. Es beantragt dann die Mehrheit in Antrag 2 eventuell, im Falle der Annahme des Antrags 1:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, zu prüfen, ob es sich im Interesse der Landwirtschaft empfiehlt, für das Herzogtum entweder eine höhere Lehranstalt nach Art der dänischen Volkshochschulen, oder eine Saatzuchtanstalt zu errichten.

Ferner stellt diese Mehrheit den Antrag 3:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß zur Prüfung dieser Fragen, mit der ein Studium dänischer Volkshochschulen zu verbinden sein wird, der Landtag drei seiner Mitglieder bestimmt.

Ferner den Antrag 4:

Ersetzung des zweiten Antrages der Staatsregierung durch folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle sich einverstanden erklären, daß die für die höhere landwirtschaftliche Lehranstalt vorgesehenen Lehrer anderweitig verwendet werden, die übrigen an der Großherzoglichen Landwirtschaftsschule angestellten Lehrer den Vorschlägen der Staatsregierung gemäß Verwendung finden, und insbesondere der Staatsregierung die Befugnis erteilt werde, daß sie für den Fall des Uebertritts von Lehrern in die Dienste eines anderen Bundesstaates, einer Gemeinde oder eines Kommunalverbandes diesen einen Teil der Pension erstatten kann.

Die Mehrheit stellt schließlich noch den Antrag 6:

Die Staatsregierung wird ersucht, zu prüfen, ob es sich empfiehlt, darauf hinzuwirken, daß an den landwirtschaftlichen Winterschulen, wo die örtlichen Verhältnisse es erwünscht erscheinen lassen, Sommerkurse eingerichtet werden.

Ich eröffne die Beratung auch über diese Anträge, also über sämtliche Anträge und über die Vorlage und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Schmidt (Zetel).

Abg. **Schmidt:** W. H.! Es muß auf der Seite 808 im Antrag 1 des Ausschusses heißen: „Ablehnung des Antrags 1“. Es ist die Ziffer 1 beim Schreiben mit der Maschine vergessen. Dann auf Seite 809 muß es natürlich nicht heißen „Volksschulen“, sondern „Volkshochschulen“.



Es wird zum Antrag 1 heißen müssen: „Ablehnung des Antrags 1 der Staatsregierung“.

M. H.! Die berechnete Landwirtschaftsschule Neuenburg-Varel, die seit 1893 Staatsanstalt war, ist gewesen. Nachdem man auch hier im Landtag oft Sturm gelaufen hat gegen diese Schule, fiel sie schließlich dem Streben nach Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung zum Opfer und soll nunmehr nach Landtagsbeschluss am 1. April 1914 aufhören zu existieren. Es soll dann aber eine höhere landwirtschaftliche Lehranstalt als etwas Besseres und Vollkommeneres an die Stelle der berechtigten Schule treten.

Nach meiner persönlichen Meinung — wenn ich das eben zwischenfügen darf — halte ich die berechnete Schule für die Landwirtschaft auch weiterhin für durchaus berechnigt, vorausgesetzt natürlich, daß die Verhältnisse an der Anstalt anders gestaltet würden. Aber ich füge mich der Majorität und der Lage.

Es fragt sich angesichts dieser Vorlage: Was soll nun werden? Welche Form des Ersatzes will man der Landwirtschaft für den Verlust der Varel'schen Schule bieten? Ist der von der Regierung vorgeschlagene Weg der bessere, oder hat die Mehrheit des Ausschusses mit ihren Vorschlägen das Rechte getroffen? Man könnte auch weiter fragen: Oder gibt es noch etwas anderes und zweckmäßigeres, um der Landwirtschaft zu dienen?

M. H.! Da wird wohl kaum einer im Hause oder am Regierungstische sein, der diese Frage endgültig beantworten kann, ganz besonders im Hinblick darauf, daß man überhaupt noch keine Erfahrung auf deutschem Boden hat, weder in Bezug auf die eine noch auf die andere Form der Lehranstalt. So haben sich auch im Ausschusse die Meinungen geteilt.

Die Mehrheit glaubt, daß das, was die Regierung hier vorschlägt, nicht der rechte Weg ist, weil eben nach dieser Vorlage die Anstalt nur kleinen Kreisen zu gute kommen wird; daß es daher geraten ist, der neuen Anstalt eine breitere Basis zu geben, sodaß eine größere Zahl junger Landleute ihre Ausbildung hier finden kann und daß so diese Schule für unsere ländliche Bevölkerung nutzbringender ist, als es nach Art der Regierungsvorlage zu erwarten sein darf. Sie glaubt, daß der Versuch nicht nach Vorschlag der Regierung gemacht werden muß, sondern mehr auf dem Boden der Schulen, die man dänische Volkshochschulen nennt. Weiterhin möchte die Mehrheit geprüft haben, ob sich empfiehlt, im Lande eine Saatzuchtanstalt anzulegen.

Die Minderheit behauptet, daß die Regierungsvorlage das Rechte trifft und will. Sie sagt auch, daß die Schule der Allgemeinheit zugute kommt dadurch, daß die Hörer dieser Anstalt ins Land hinausgehen und ihr Wissen und Können in den Dienst der Allgemeinheit stellen werden.

Die Besuchsziffer, die von der Regierung angegeben ist, sieht die Minderheit als viel zu niedrig gegriffen an. Nach ihrer Ueberzeugung wird der Besuch der Schule ein viel stärkerer sein. Dann glaubt die Minderheit, dieser geplanten Anstalt zu helfen und sie dadurch besonders lebensfähig zu machen, daß ihr die Befugnis erteilt wird, unter Umständen den Einjährigfreiwilligenschein auszustellen.

M. H.! Ganz abgesehen davon, daß in dieser Beziehung die Reichsschulkommission das letzte Wort spricht, bemerke ich, daß bei dem Streit um die Varel'sche Anstalt vom Regierungstische her der Einjährigenschein als das Kreuz der Schule bezeichnet ist. Dieser Ausdruck ist damals ins Haus geworfen und hier aufgenommen. M. H.! Wenn man der geplanten Lehranstalt den Einjährigenschein wieder aufhängen will, würde man das Kreuz nur von Varel nach Oldenburg tragen. Dies Kreuz würde ein ganz böses Anhängsel. Wohl gebe ich zu, daß die Besuchsziffer dadurch gehoben werden könnte; aber, meine Herren, wird die Anstalt nach ihrem inneren Wert dadurch gefördert? Im Gegenteil! Mancher Junge wird diese Anstalt als letzten Nothafen anlaufen, um sich den Einjährigenschein zu ersitzen resp. zu erheben, und dadurch wird das Ansehen der Anstalt und der Wert derselben für den einzelnen Hörer sicherlich nicht gehoben. Ich weise noch darauf hin, daß die Regierung ja schon vorschlägt, den Einjährigenschein oder eine ähnliche Bildung als Vorbedingung für die Aufnahme in die geplante Anstalt festzulegen.

Was nun den Ort dieser Lehranstalt betrifft, so war man im Ausschusse der Meinung, daß für die geplante höhere Lehranstalt nicht Varel, sondern Oldenburg in Frage komme, während, wenn es nach den Vorschlägen der Mehrheit gehen sollte, das platte Land oder ein größerer Ort derselben zu wählen sei.

Präsident: Herr Abg. Hollmann hat das Wort.

Abg. **Hollmann:** M. H.! Nach den Ausführungen des Herrn Berichterstatters gestatten Sie mir wohl, auch als Landwirt ein paar Worte zu dieser Vorlage zu sagen. Ich muß meine Verwunderung zunächst darüber aussprechen, daß sich niemand zum Wort gemeldet hatte. Ich wollte mich nicht vordrängen, ich glaubte, berufteren Zungen dies überlassen zu sollen. Wenn der Herr Berichterstatter vorherhin ausführte, die Anstalt noch auf breitere Grundlage zu legen, als der Entwurf es tut, so weiß ich nicht, wie man noch eine breitere Grundlage schaffen kann.

Was an der ganzen Vorlage mich insbesondere interessiert und wodurch sie gerade meinen Beifall findet, das ist, daß die Landwirtschaft nach zweijährigem Besuch der Winterschule hier Aufnahme finden können. Und es ist nicht richtig, wenn der Herr Berichterstatter sagte, daß die Regierung als Aufnahmebedingung den Einjährigenschein stellt. Das soll ja nur Ausnahme sein. Nur wenn die Vorbedingung nicht da ist, daß der Betreffende zwei Jahre die Winterschule besucht hat, soll es auch genügen, wenn er den Einjährigenschein hat. Auch ich bedaure, daß die Regierung in der Vorlage die Besuchsziffer so ungemein klein angegeben hat, die ja zweifellos unendlich viel höher sein wird, wenn auch vielleicht nicht gleich im ersten Jahre. Ich glaube, bestimmt annehmen zu können, daß diese kleine Besuchsziffer schon aus der nächsten Umgegend von Oldenburg allein herauskommen wird. Kommt die Schule nach Oldenburg, so wird die Besuchsziffer viel höher als früher in Varel, weil Oldenburg wesentliche Zufuhr als Mittelpunkt mehrerer Bahnlinien hat. Nach meinem Geschmack ist die Schule so recht, weil sie unseren Winterschülern die Aufnahme gewährt. Und ich begrüße auch deshalb die Vorlage, daß es eine



reine Fachschule sein soll. Und ich hoffe, daß das nicht der Fall sein wird, wie der Herr Berichterstatter ausführt, daß, wenn die Schule die Berechtigung bekommt, sie nur zu diesem Zweck besucht wird. Nach meiner Auffassung hat der Berechtigungschein für Landwirte sehr wenig zu bedeuten. Ich stimme gerne für die Vorlage und freue mich, daß die Regierung diesen jungen Leuten, wenn sie zwei Jahre mit Erfolg die Winterschule besucht haben, die Aufnahme gewährt.

Präsident: Se. Excellenz Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister Scheer: M. H.! Die Mehrheit des Verwaltungsausschusses ist der Meinung, daß das Ziel, das uns allen vorschwebt, unsere heimische Landwirtschaft zu fördern, auf einem anderen Wege besser zu erreichen sei als auf dem von der Staatsregierung vorgeschlagenen. Der Ausschuß sagt, es sei möglich, landwirtschaftliche Lehrgegenstände im Rahmen der Volkshochschule zu behandeln. M. H.! Diese Ansicht ruht auf einer Verkennung des Charakters der dänischen Volkshochschule. Wir alle, die wir hier tagen, kennen aus persönlichem Besuch die dänischen Volkshochschulen nicht. Wir sind deshalb gezwungen, unsere Kenntnis von dem Wesen dieser Schulen aus dem vorliegenden weitschichtigen literarischen Material zu schöpfen. Einer unserer angesehensten Pädagogen, der Professor W. Rein in Jena, hat sich über die Schulen folgendermaßen geäußert. Die dänische Volkshochschule will keine Fachbildung vermitteln, sondern eine gute allgemeine Bildung geben, und zwar Handwerkern, Landwirten und Arbeitern, die einen fünfmonatigen Winterkursus im Internat durchmachen. Rein bemerkt wörtlich:

„In der gehobenen Bildung ihres Inneren will man den Schülern ein Gegengewicht geben gegen die Einförmigkeit des Berufs, man will ihren Blick ausweiten und sie teilnehmen lassen an dem tieferen Verständnis für die Kulturarbeit des Volkes. Es ist also ein durchaus idealer Zug, der durch die Volkshochschulen Dänemarks hindurchgeht. Auf die Ausbildung religiös-sittlicher Charaktere ist es abgesehen, die, national gerichtet, ihrem Volke mit ganzer Seele dienen wollen. Tüchtige Bürger und Bürgerinnen will man erziehen, nicht etwa praktisch-nützliche Tendenzen einpflanzen. Das letztere soll den Fachschulen überlassen bleiben.“

M. H.! Es war Bischof Grundwig, der die Anregung zur Gründung dieser Schulen in Dänemark gab, und zwar mit dem ausgesprochenen Zweck, die Volksbildung zu heben und sittliche Charaktere heranzubilden. Die Anregung, die der Genannte gab, fand zunächst wenig empfänglichen Boden. Erst nach dem für Dänemark verlustreichen Kriege von 1864 kamen diese Schulen in Blüte und wurden allseitig gefördert zu dem ausgesprochenen Zweck, nationalen Bestrebungen zu dienen. Diese Schulgattung ist später auf die Provinz Schleswig-Holstein übertragen. Bereits im Jahre 1907 hat die Staatsregierung Veranlassung genommen, eine Volkshochschule in Holstein durch einen erfahrenen Schulmann besichtigen zu lassen. In seinem Berichte äußert er sich günstig über Volkshochschulen und führt des weiteren aus, daß die Schulen, die nur im Internat betrieben werden, einen familiären Charakter zeigten. Die Schüler lebten mit den Familien der Lehrer vollständig gemeinsam. Es handelte

sich im wesentlichen nur darum, Charaktere, gute Bürger und Bürgerinnen zu erziehen. Also die Pflege der nationalen, vaterländischen Gesinnung ist das Hauptziel dieser Anstalten, die nirgends vom Staat unterhalten werden, sondern teils von den Kreisen, teils von Privatvereinen. Mir liegt der Prospekt für die ländliche Volkshochschule in Albersdorf vor, sie wird unterhalten von dem Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein. Es interessiert Sie vielleicht, nachdem vom Verwaltungsausschuß diese Frage angeschnitten ist, orientiert zu werden über die Unterrichtsfächer der Schule. Es wird gelehrt Gesetzes- und Wirtschaftskunde, und zwar in 6 Stunden wöchentlich, dann Deutsch und Rechnen 14 Stunden wöchentlich, ferner Buchführung 2 Stunden, Naturkunde 6 Stunden wöchentlich, besonders unter Berücksichtigung der Gesundheitspflege, schließlich Geschichte 6 Stunden wöchentlich und Gesang. M. H.! Aus der Aufzählung dieser Unterrichtsfächer ersehen Sie schon, daß es sich hier im wesentlichen um eine freiwillige allgemeine Fortbildungsschule handelt. Meines Erachtens kann für uns die Gründung einer Volkshochschule erst in Frage kommen, wenn wir die allgemeine Zwangsfortbildungsschule eingeführt haben und sich demnächst das Bedürfnis ergibt, den aus der Fortbildungsschule Entlassenen Gelegenheit zu geben, sich freiwillig noch weiter fortzubilden. M. H.! Der Ausschuß bemerkt in seinem Berichte ferner: „Die dänischen Volkshochschulen haben zur Förderung der Landwirtschaft ebensoviele, wenn nicht mehr beigetragen als die landwirtschaftlichen Fachschulen“. Nach diesen Ausführungen muß jeder Leser zu dem falschen Schluß gelangen, daß es in Dänemark überhaupt keine landwirtschaftlichen Fachschulen gebe. M. H.! Wie liegen nun die Verhältnisse dort? Ich habe hier die Zeitschrift für das gesamte Fortbildungsschulwesen in Preußen, wo einer der besten Kenner der dänischen Volkshochschule in Deutschland, der Gewerbeschullehrer Lemke in Heide sich über das dänische Schulwesen außerordentlich günstig äußert und zu dem Kapitel „Landwirtschaftsschulen“ folgendes ausführt:

„Einen ganz anderen Charakter tragen wiederum die dänischen Landwirtschaftsschulen. Diese sind freilich in Organisation, in Lebensführung und Unterrichtsweise den Volkshochschulen ziemlich gleich. Sie unterscheiden sich dadurch aber sehr wesentlich von diesen, daß sie fast noch mehr allgemeine Bildungstoffe ausschließen als die Hochschulen Fachunterricht ausschließen.“

Dann gibt er eine Uebersicht über die Unterrichtsfächer der Landwirtschaftsschule in Lyngby, die fast dieselben sind, die für die in Oldenburg zu errichtende höhere landwirtschaftliche Lehranstalt in Aussicht genommen sind:

- a) Reine Naturfächer: Chemie (anorganisch, organisch, Übungen im Laboratorium), Physik, Bodenlehre, Pflanzenlehre, botanische Exkursionen, Bau und Leben der Hausfaugetiere.
- b) Angewandte Fächer: Ackerbaulehre (Bodenbearbeitung, Düngungslehre, Fruchtwechsel), Pflanzenzucht (Anbau der einzelnen Kulturpflanzen), Haustierzucht (Rassen, Zucht, Aufzucht, Fütterungslehre), Meiereilehre, Gerätschaftskunde, landwirtschaftliche Buch- und Rechnungsführung, Zeichnen nebst Landmessen und



Nivellieren, und dann nur als allgemeine Fächer Geschichte der Landwirtschaft, Geschichte der Gegenwart, Statistik und Topographie.

Dann erwähnt Lemke, daß es in Dänemark 13 Landwirtschaftsschulen gebe. Wenn Sie die Bevölkerungszahl des Großherzogtums vergleichen mit Dänemark, so müßten wir, um zu einem gleich günstigen Ergebnis zu kommen, nicht eine Schule, wie vorgeschlagen, sondern gleich 2 bis 3 gründen. (Hört! Hört! Widerspruch.) Dänemark hat 2 $\frac{1}{2}$ Millionen, Oldenburg $\frac{1}{2}$ Million Einwohner, also zwei bis drei höhere landwirtschaftliche Lehranstalten in Oldenburg würden dem Bevölkerungsverhältnisse entsprechen. M. H.! Sie sehen daraus, daß es durchaus falsch sein würde, wenn wir jetzt nicht die Gelegenheit benutzten, eine höhere landwirtschaftliche Schule unseren Landwirten zu bieten. Ich mache darauf aufmerksam, daß das Ergebnis der letzten Viehzählung, das wir vor einigen Tagen veröffentlichen konnten, ein ganz außerordentlich günstiges Bild entwirft von den Leistungen unserer Landwirtschaft. Allein schon aus der hier vor Weihnachten so ausdrücklich von allen Seiten betonten Notwendigkeit, die Fleisch- und Brotversorgung zu verbessern, sind wir gezwungen, für die Landwirtschaft einzutreten. Und wir können es am besten tun durch die Gründung einer höheren Landwirtschaftsschule.

Wenn die Berechtigungsfrage gestreift ist und vom Herrn Berichterstatter ausgeführt ist, daß die Staatsregierung erklärt habe, die Berechtigung sei für die Landwirtschaftsschule in Barel ein Kreuz gewesen, so liegen die Verhältnisse bei der jetzt zu gründenden Schule doch anders. Bei der Barel'schen Schule war der Zweck des Besuchs die Erreichung der Berechtigung zum einjährig Freiwilligendienst, während es sich bei der zu gründenden Schule um reife ältere Schüler handelt, die entweder schon die Berechtigung besitzen oder denen die Möglichkeit geboten werden soll, durch hervorragende Leistungen in den landwirtschaftlichen Fachwissenschaften die Berechtigung zu gewinnen. Ob das möglich ist, läßt sich zur Zeit nicht entscheiden, aber die Regierung wird diesen Punkt nicht aus dem Auge verlieren.

Dann, meine Herren, ist die Besuchsziffer bemängelt, die die Staatsregierung in der Vorlage angegeben hat. Wir sind der Meinung gewesen, daß für die Entschliebung des Landtags die Sache an sich maßgebend sei, nicht aber die Frequenzziffer, die selbstverständlich nur gegriffen werden konnte. Wir konnten nicht Ermittlungen über den vermutlichen Besuch anstellen, bevor wir wußten, ob wir mit der Gründung einer solchen Schule zu rechnen haben. Für uns handelte es sich nur darum, Ihnen einen Finanzplan vorzulegen. Und da schien es uns richtig zu sein, sehr vorsichtig zu rechnen. Ich bin auch der festen Meinung, daß, wenn es feststeht, daß die Schule ins Leben tritt, die Anmeldungen zahlreich einlaufen werden. M. E. unterliegt keinem Zweifel, daß der Same, der dort gelegt wird, Früchte hervorbringen wird für das ganze Land. (Bravo!)

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) hat das Wort.

Abg. Tanzen: M. H.! Als vor reichlich einem Jahre die Vorlage, die damals den Landtag beschäftigte über die Schule in Barel, abgelehnt wurde, habe ich für mich per-

sönlich gesagt, ich wäre der Ansicht, daß, wenn eine solche höhere Schule eingerichtet werden sollte, es möglichst eine Schule für die ganze landwirtschaftliche Bevölkerung werden müsse, eine Art Volkshochschule. Ich muß deshalb darauf zurückkommen. Ich gehe dabei von dem Gesichtspunkt aus: Wenn man damit umgeht, eine höhere Schule für die ganze Bevölkerung zu errichten, dann wird es, glaube ich, richtig sein, sich zunächst klar zu werden über die Frage: Welchem Ziele streben wir denn in der Erziehung und Ausbildung unserer Jugend entgegen? Und da bin ich der Ansicht, daß das wichtigste Ziel doch immer sein muß, die Heranbildung des Einzelnen zu einer geistig und sittlich selbständigen Persönlichkeit. In je höherem Grade das geschieht, in je höherem Grade wird er tüchtig in seinem Beruf sein. Wie erfolgt nun die Ausbildung unserer Jugend jetzt? Wenn die Kinder die Schule verlassen, treten sie in ihren späteren Beruf ein und werden dort Tag für Tag in der Praxis unterwiesen. Soweit sie überhaupt noch Unterricht erhalten, besuchen sie eine Fachschule. Also ausschließlich Fachunterricht. M. H.! Das scheint mir doch eine etwas einseitige Ausbildung zu sein, bei der die allgemeine Bildung nicht zu ihrem Recht kommt. Es fehlt auch die sogenannte staatsbürgerliche Erziehung völlig bei uns, die den Einzelnen unterrichten soll über seine Rechte, die er hat, aber namentlich auch über seine Pflichten gegen sich selbst und gegen die Gesamtheit. Jedenfalls aber wird eine reine Fachbildung niemals imstande sein, den jugendlichen Charakter so zu bilden und zu festigen, wie die allgemeine Bildung es vermag. Vor allen Dingen ist aber sehr fraglich, ob dem Einzelnen nicht auch in seinem Beruf durch eine Förderung der allgemeinen Bildung mehr geholfen wird als durch eine überspannte Fachbildung. Und gerade dieser Gedanke drängt sich auf, wenn man die Entwicklung der dänischen Volkshochschulen während der letzten 40 Jahre verfolgt. Der Herr Minister hat darüber schon gesprochen. Ich muß ihm in manchen Punkten widersprechen. Es ist nicht alles richtig, was er sagte, wenigstens nach meinen Quellen. M. H.! Die Volkshochschulen in Dänemark sind ganz verschiedener Art. Sie sind keine Fachschulen, das ist richtig. Das schließt aber nicht aus, daß an einer Reihe von dänischen Volkshochschulen landwirtschaftlicher Fachunterricht in Nebenkursen betrieben wird. Das ist Tatsache. Ich will aber damit nicht sagen, daß das die besten Schulen sind. Die dänischen Volkshochschulen sind ganz verschieden. Sie haben Kurse von 4 Monaten, 5 Monaten, 6 Monaten, und die höhere, die erweiterte Volksschule in Askov umfaßt zwei Wintersemester von je 6 Monaten. Auf diese Schule in Askov möchte ich etwas näher eingehen, weil eine Schule mit einjährigem Kursus, wie sie in dieser Vorlage enthalten ist, in bezug auf die Zeit sich jener Schule nähern würde. Dort wird der Unterricht beherrscht von Geschichte in jeder Form, Volkswirtschaft, Weltgeschichte, Religionsgeschichte, Literaturgeschichte, dann ferner Naturwissenschaft, Mathematik und Geographie. Das sind die Hauptfächer, in denen dort vorgetragen wird. Außerdem wird Englisch und Deutsch getrieben. Und es wird dann allerdings auch eine kurze Zeit, aber etwa nur der 10. Teil der ganzen Unterrichtszeit, auf Rechen- und Leseübungen verwandt. Der Unterricht selbst besteht fast ausschließlich darin, daß Vor-



träge gehalten werden in einer besonders volkstümlichen Weise, die zugeschnitten ist auf die Hörer. Neben diesen Volkshochschulen bestehen nun landwirtschaftliche Schulen in Dänemark, und zwar, wie der Herr Minister richtig anführte, 13. Volkshochschulen sind dort augenblicklich 71. Noch vor 40 Jahren war die Zahl der beiden Arten von Schulen etwa dieselbe. Daraus geht hervor, daß der Besuch der Volkshochschulen in Dänemark demjenigen der Landwirtschaftsschulen weit vorgezogen wird. Außerdem besuchen die Landwirtschaftsschüler entweder vorher oder nachher meist noch die Volkshochschule.

Was ist nun die Wirkung dieser Entwicklung des Bildungswesens in Dänemark gewesen? M. H.! Ich muß mich auch hier ebenso wie der Herr Minister auf Quellen aus der Literatur beziehen. Sie liegen vor mir. Es findet sich darunter auch der Lemke, den der Herr Minister angeführt hat, dann der landwirtschaftliche Sachverständige im dänischen Ministerium Dr. Hollmann und Professor Friedrich Paulsen. Was ist die Wirkung gewesen? Nach diesen Quellen ist sie gewesen, — es klingt ja nicht schön, wenn man als Deutscher es sagt — daß die allgemeine Bildung der Bevölkerung auf dem Lande in Dänemark eine solide, eine hochstehende ist, die höher steht als der Durchschnitt der Bildung der städtischen Bevölkerung in Dänemark und höher als die eines jeden anderen Volkes. Ich sage von vornherein, „es klingt etwas beschämend, wenn man als Deutscher das sagt“, aber ich kann es aus den eben genannten Quellen nachweisen. Das ist ein Erfolg gewesen. Ein weiterer Erfolg ist, daß die Landwirtschaft in Dänemark technisch außerordentlich hoch steht, daß das dänische Genossenschaftswesen in der ganzen Welt bewundert wird und daß die Bauern in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht die Führung in Dänemark übernommen haben. Das kommt sogar zum Ausdruck in der Zusammenfassung des Ministeriums. Der Ministerpräsident von 1909 war aus einer Volkshochschule hervorgegangen und der Landwirtschaftsminister war ein einfacher Bauer aus Seeland. M. H.! Diese Entwicklung führen alle diese Quellen zurück nicht auf die Landwirtschaftsschulen in Dänemark, sondern auf die Volkshochschulen. Ich darf wohl ein Wort verlesen von Direktor Lemke aus Albersdorf:

„Wir haben die Probe aufs Exempel in Dänemark. Der dortige Aufschwung der Landwirtschaft wird nicht zuerst auf die Landwirtschaftsschulen zurückgeführt, sondern auf die weitverbreiteten allgemeinen Volkshochschulen.“

Daselbe sagt der Sachverständige Dr. Hollmann, und Paulsen ist ähnlicher Ansicht.

M. H.! Angesichts dieser glänzenden Entwicklung in unserm Nachbarstaat hat der Ausschuß geglaubt, daß, wenn man im Begriff steht, darüber zu beschließen, welcher Art eine höhere Schule für unsere ländliche Bevölkerung sein könnte, daß man dann es nicht verantworten kann, wenn man angesichts einer solchen glänzenden Entwicklung die Frage ungeprüft läßt, ob der Boden für eine derartige Anstalt nicht auch bei uns vorhanden ist. Professor Paulsen bejaht diese Frage ohne weiteres. Der Ausschuß hat sich kein abschließendes Urteil bilden wollen, kann es auch nicht. Aber er beantragt, die Frage zu prüfen. Es braucht vorläufig nicht darüber gesprochen zu werden, wo

die Schule sein soll und welcher Art die Schule sein müßte, wenn nur erst die Frage geklärt ist: Ist das etwas für unsere ländliche Bevölkerung? Und dann, meine Herren, muß ich doch darauf hinweisen, daß der Anfang wenigstens in Deutschland gemacht ist in Holstein in Albersdorf, wo Lemke der Leiter ist, und in Schleswig in einer Anstalt. Die sind in Deutschland hereingekommen, allerdings nicht in der erweiterten Form von Askov, sondern als einfache Schule. Auch in Dänemark ist die Sache ja erst allmählich in Gang gekommen. Und deshalb ist es nach meiner Ansicht dringend erforderlich, daß diese Frage geprüft wird. Nur dann werden wir Schulen bekommen können — es würden ja vielleicht mehrere Anstalten sein müssen, die staatlich unterstützt werden und auf dem Lande wären — Schulen bekommen, die der breiten Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugute kommen. Daß dabei auch Angehörige anderer Berufsclassen an diesem Unterricht teilnehmen, würde meines Erachtens nichts schaden. Die Volkshochschulen sind in Dänemark, trotzdem sie für das ganze Volk bestimmt sind, doch Bauernhochschulen geworden. Von den Schülern, die im Jahre 1906 die Schulen besuchten, waren 74% Bauernkinder, 6% sind aus den Städten gekommen, und 20% waren Kinder von Handwerkern, Beamten, Lehrern usw. Ich darf noch eins hinzufügen auch aus diesen Quellen, daß z. B. in der Volkshochschule in Askov es nicht selten ist, daß dort Kinder anderer Berufsstände, z. B. auch Offiziere, die keine Gelegenheit gehabt hatten, ihre allgemeine Bildung vorher so zu fördern, wie sie es wünschten, die Schule mit besuchten. Es soll das nur illustrieren den Stand einer solchen Volkshochschule, wie sie sein kann. Und deshalb kann ich Sie nur bitten, den Antrag auf Prüfung dieser Frage anzunehmen. Sollte die Prüfung ergeben, daß es für uns nicht geht, dann, meine Herren, hat die Mehrheit des Ausschusses vorgeschlagen, nun nochmals die Frage zu prüfen, ob nicht die Einrichtung einer Saatzuchtanstalt für das Herzogtum der Landwirtschaft mehr nützen könne als die Einrichtung der Schule, wie sie die Vorlage plant.

M. H.! Auch Saatzuchtanstalten sind ja Unterrichtsanstalten, in denen wissenschaftliche Pflanzenzucht getrieben wird. Die Sache ist ja in Deutschland verhältnismäßig neu. Der erste Vortrag an einer deutschen Hochschule über wissenschaftliche Pflanzenzüchtung wurde 1889 gehalten. Seitdem sind eine Anzahl von Saatzuchtanstalten in Deutschland errichtet. Ich glaube, es sind wohl 13 jetzt, die es sich zur Aufgabe machen, durch Veredelung der einheimischen Pflanzen und Zuführung fremder Sorten, die dem Boden und dem Klima angepaßt werden, die Ertragsfähigkeit des Bodens zu erhöhen. Es ist ja nicht allein damit getan, daß man den Boden düngt und bearbeitet, sondern es müssen auch solche Pflanzen hineingebracht werden, die möglichst ertragreich sind. Nebenher veranstalten diese Saatzuchtanstalten Kurse, und es werden Vorträge im Lande gehalten, sodaß die Ergebnisse ihrer Forschung dem Lande zugute kommen. Wenn eine solche Anstalt mit Erfolg betrieben werden soll, so liegt es klar auf der Hand, daß sie dann am besten in dem Klima und auf dem Boden errichtet wird, in dem die Pflanzen später angebaut werden sollen. Deshalb schien uns auch diese Frage der Prüfung



wert. In erster Linie aber glaube ich, wird es richtig sein, die Frage der Volkshochschulen zu prüfen.

Der Ausschuß hat dann gleichzeitig vorgeschlagen, wenn der Landtag den Antrag annehmen sollte, daß der Landtag mit einigen Mitgliedern beteiligt würde bei der Prüfung, um das Zustandekommen einer etwaigen Vorlage umso mehr zu sichern. M. H.! Mit diesem Antrag auf Ablehnung der Vorlage beabsichtigt der Ausschuß nicht etwa, die Landwirtschaft nicht zu stützen oder ihr nicht zu nützen. Im Gegenteil, wir wollen der Landwirtschaft mehr nützen, als es durch die Vorlage möglich ist. (Sehr richtig!)

Präsident: Se. Excellenz Herr Minister Scheer hat das Wort.

Minister Scheer: M. H.! In meinen ersten Ausführungen habe ich schon hervorgehoben, daß die Staatsregierung sich mit der dänischen Volkshochschule beschäftigt und aus der Lektüre der einschlägigen Schriften einen günstigen Eindruck von diesen Schulen gewonnen hat. Also die Staatsregierung erkennt den Wert der Hochschulen durchaus an. Aber, m. H., wie auch der Herr Vorredner ausgeführt hat, handelt es sich bei den Volkshochschulen in erster Linie um die staatsbürgerliche Erziehung, um die Förderung der Allgemeinbildung, während wir eine landwirtschaftliche Fachschule erstreben, und diesen Zweck können wir nur erreichen dadurch, daß wir nach dänischem Muster eine landwirtschaftliche Schule errichten. Es ist dabei hervorzuheben, daß wir gezwungen sind, zu Ostern 1914 sämtliche Lehrer an der Staatlichen Landwirtschaftsschule in Varel zur Disposition zu stellen. Es stehen uns dann ohne besonderen Aufwand die Kräfte für die höhere landwirtschaftliche Lehranstalt zur Verfügung, es ist deshalb unbedenklich und ohne wesentliche finanzielle Mehrbelastung, den Weg zu beschreiten, den Ihnen die Staatsregierung vorschlägt. Wenn wir nicht diesen Weg einschlagen, so schädigen wir den Staat, weil wir dann nicht in der Lage sind, die verfügbaren Kräfte zu beschäftigen. Ich kann Ihnen deshalb nur wiederholt ans Herz legen, lassen Sie diese günstige Gelegenheit, die sich bietet, nicht unbenutzt vorübergehen. Nach meiner Ueberzeugung werden das Land und die Interessen des Landes geschädigt, wenn wir nicht die infolge der Aufhebung der Vareler Schule beschäftigungslos werdenden Lehrkräfte für die landwirtschaftliche Hochschule verwerten. Diejenigen Zwecke, die der Vorredner erreichen will, besonders auf landwirtschaftlichem Gebiete, durch die Errichtung von Volkshochschulen, erreichen wir durch unsere Winterschulen (Zuruf: Fachschulen!), die Winterschulen sind nicht reine Fachschulen, sondern sie vermitteln auch eine allgemeine Bildung.

Wenn dann des weiteren der Herr Vorredner auf die erweiterte Volkshochschule in Askov eingegangen ist, so ist dabei zu erwähnen, daß es nur diese eine erweiterte Volkshochschule in Dänemark gibt und daß es sich auch nicht um eine Fachschule handelt. Diese Lehranstalt erstrebt anscheinend im wesentlichen eine naturwissenschaftliche Erziehung, Chemie und Physik nehmen einen breiten Raum ein und daneben Geschichte und allgemeine Fächer. Auch eine erweiterte Volkshochschule nach dänischem Muster kann eine höhere landwirtschaftliche Fachschule nicht ersetzen.

Präsident: Herr Abg. Enneking hat das Wort.

Abg. Enneking: M. H.! Ich verspreche mir von der Gründung einer höheren Schule ganz außerordentlich wenig und glaube auch nicht, daß die Schule einen nennenswerten Besuch bekommen wird, wenn ihr nicht die Befugnis zur Erteilung des Berechtigungsscheines zum Einjährigendienst in irgend einer Form erteilt wird. M. H.! Wir sind ein fast rein Landwirtschaft betreibender Staat und dürfte es nicht zu viel sein, im Lande eine landwirtschaftliche Schule zu haben, worin unsere Bauernsöhne den Einjährigenschein erhalten können. Welche große Summen werden für andere Schulen aufgewendet! Warum hat man in Preußen derartige Schulen! Es scheint, als wenn hier die Landwirte zurückgesetzt werden sollen und ihnen der Einjährigenschein nicht gegönnt wird. Wenn nun der Berechtigungsschein erteilt werden könnte auf Grund der fachwissenschaftlichen Kenntnisse, welche angestrebt werden sollen, wie der Herr Minister vorgetragen hat, dann könnte man in etwa zufrieden sein, aber ich habe Bedenken, ob das erreicht werden kann und sehe lieber, das solches von vornherein festgelegt wird. Wenn nun mal andere Schüler, Nichtlandwirte, eine solche Schule besuchen, um den Einjährigenschein zu holen, m. H., das kommt bei allen Schulen vor; auf dem Gymnasium kann man sich den Einjährigenschein ersitzen, da am Schlusse kein besonderes Examen abgelegt zu werden braucht. Ich werde vorläufig nicht für die Vorlage stimmen.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

Abg. Dursthoff: M. H.! Ich habe früher schon gesagt, daß ich die Landwirtschaftsschule für außerordentlich segensreich halte und ich möchte mir gestatten, obgleich ich nicht Landwirt bin, mit ein paar Worten auf die Frage einzugehen. M. H.! Herr Abg. Enneking hat soeben angeführt, daß ihm die Schule unsympathisch sei, weil die Einjährigeberechtigung nicht damit verbunden sei. Ich bin der Ansicht, daß gerade die Einjährigeberechtigung, das Kreuz, wie Herr Kollege Schmidt sich ausdrückte, für das Nichtgelingen der Landwirtschaftsschule in Varel gewesen ist. M. H.! Wir wissen, daß dort die Jüngens das fehlende Schulwissen in Englisch usw. nicht etwa ersetzen konnten durch bessere Kenntnis in landwirtschaftlichen Fächern, sondern sie mußten in schulwissenschaftlicher Beziehung das Ziel erreichen, wenn sie den Einjährigenschein haben wollten. Und insolgedessen mußten sie natürlich ihre ganze Kraft darauf verwenden, daß sie das, was die Schule an Wissen verlangte, wirklich leisteten. Das kam in erster Linie und die landwirtschaftlichen Fächer mußten dahinter zurückstehen. M. H.! Die Schule hat den Charakter einer Presse, wie man sie in Preußen ja auch vielfach hat, sehr geeignet, weniger begabten Jüngens die Erlangung des Einjährigenscheins zu ermöglichen, es war aber keine höhere landwirtschaftliche Fachlehranstalt. Ob es angebracht ist, Herr Abg. Enneking, für derartige Schüler staatliche Mittel aufzuwenden, das scheint mir zweifelhaft, ich glaube nicht, daß wir das verantworten können. Wenn die Jüngens in der Realschule nicht weiter kommen können, dann schadet es m. E. gar nicht, wenn sie dreijährig dienen. Etwas anderes ist es, ob man bei der neu zu gründenden Anstalt ver-



suchen will, den Jungens, die die landwirtschaftliche Anstalt besucht haben, auf Grund guter Fachkenntnisse die Berechtigung zum Einjährigendienst zu gewähren. Ich bin nicht so genau unterrichtet, ob das möglich ist, aber m. E. müßte das möglich sein, es ist dem Handwerk möglich, es ist dem Schiffsoffizier möglich, es ist auch im Handelsstande möglich, also warum sollte das nicht auch für die Landwirtschaft zu erlangen sein. Jedenfalls bin ich der Ansicht, man sollte es versuchen und es wäre gewiß zweckmäßig, wenn der Landtag sich auch dahin ausspricht. Auf jeden Fall aber müssen wir daran festhalten, daß die neue Schule nicht eine Presse wird, sondern daß die Schule grundsätzlich auf eine ganz andere Basis gestellt wird. Wir waren voriges Jahr doch auch alle einig darin, daß die jetzige Schule für die Landwirte tüchtiges nicht leisten könne, weil die Jungens, die dort hinkommen, zu jung sind und weil sie keine praktische Erfahrung haben. Ich erinnere daran, daß in allen anderen Berufen eine praktische Tätigkeit verlangt wird, ehe eine höhere Schule besucht werden kann. Das ist bei unserer Baugewerkschule in Barel so, ebenso bei den Navigationschulen, und das ist auch im Handel so, da müssen die Jungens auch zunächst ihre Lehrzeit absolvieren und dann erst kommen sie auf die Hochschule und werden theoretisch weiter gebildet. Und diesen Weg muß auch die Landwirtschaft gehen, wenn man wirklich etwas erreichen will für die jungen Leute.

Dann, m. H., zu den Anträgen des Verwaltungsausschusses. Da ist zunächst die Frage, ob nicht statt der höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt eine Saatzuchtanstalt errichtet werden soll. Ich bin in dieser Frage nicht kompetent, ich weiß nicht, ob das möglich ist, ich will deshalb mich nicht dazu äußern, aber das eine scheint mir richtig zu sein, daß eine Saatzuchtanstalt etwas ganz anderes ist, als eine landwirtschaftliche höhere Lehranstalt und daß sie ganz andere Ziele verfolgt. Vielleicht wird sie neben der landwirtschaftlichen Lehranstalt errichtet, aber sie kann keinesfalls die Schule ersetzen.

Dann, m. H., ein Wort zu den dänischen Volkshochschulen. Da habe ich dem nicht viel hinzuzusetzen, was der Herr Minister Scheer ausgeführt hat. Ich kenne die dänischen Volkshochschulen persönlich und habe mich auch noch ganz kürzlich mit einem anerkannt tüchtigen Kenner Dänemarks und der dänischen Volkshochschulen darüber unterhalten. Da wurde mir von dem Herrn auch wieder bestätigt, daß diese Schule ausschließlich erstrebt, die Allgemeinbildung des Volkes zu heben. Das ist gewiß ein sehr erstrebenswertes Ziel und wenn Herr Abg. Tanzen seinen Antrag gestellt hätte, wenn wir uns demnächst mit der Pflichtfortbildungsschule beschäftigen, dann wäre er am Platze gewesen, dann hätte die Frage geprüft werden können, aber nicht bei dieser Vorlage, die ausschließlich eine Fachlehranstalt für die Landwirtschaft fordert. M. H.! Die Volkshochschulen haben zweifellos einen großen Wert in Dänemark, sie haben zweifellos dazu beigetragen, eine gewisse Kultur auf dem Lande zu schaffen, aber, m. H., eines schickt sich nicht für alle, eine solche Schule muß organisch aus den ganzen Verhältnissen herauswachsen und es geht nicht ohne weiteres eine Schule, die sich in dem einen Staat bewährt hat, in einen anderen Staat zu verpflanzen. Die

dänischen Volkshochschulen dienen in erster Linie der Pflege der nationalen Besinnung und das ist naturgemäß ganz besonders notwendig in einem so kleinen Staate wie Dänemark, der rings umgeben ist von großen Staaten. Nur wenn es gelingt, in der Bevölkerung eine eigene Kultur und ein sehr hoch gespanntes Nationalgefühl wach zu halten, kann es möglich sein, die politische Selbständigkeit auf die Dauer zu behaupten. Und dieses Ziel wird daher systematisch erstrebt und erreicht durch die Volkshochschule. Die Grundlage des Unterrichts ist dänische Geschichte, nicht allgemeine Geschichte, wie Herr Abg. Tanzen ausführte, dänische Literatur und dänisches Volkslied. Ob ähnliches bei uns notwendig ist? Nötig wäre es vielleicht, aber ob es in der gleichen Weise durchführbar ist, das bezweifle ich. Ich kann mir übrigens durchaus denken, daß jemand für die höhere Fachlehranstalt, wie sie hier vorgeschlagen wird, stimmt und daneben noch den Wunsch hat, sich über die dänische Volkshochschule zu informieren. Man kann deshalb sehr wohl für die Regierungsvorlage und außerdem für die Anregung des Abg. Tanzen eintreten. Aber wenn Sie wirklich eine Fachlehranstalt schaffen wollen, die mehr erreichen soll als die landwirtschaftliche Winterschule erreichen kann, dann kann ich mir gar nicht denken, daß sie viel anders aussehen kann, als wie es von der Regierung vorgeschlagen ist. Es ist vor allen Dingen ein großer Vorzug der neuen Schule, daß sie eine längere Praxis von den jungen Leuten verlangt, sie kommen dann ernster und gereifter in die Schule und sie kommen nicht dahin, um den Einjährigenschein zu ersitzen, sondern sie kommen dahin, um ihre landwirtschaftlichen Fachkenntnisse zu erweitern und ich bin überzeugt, daß eine solche Anstalt vielmehr erreichen wird, als die Barel'sche Schule. Besonders freue ich mich, m. H., daß diese landwirtschaftliche Lehranstalt auf so breiter Grundlage aufgebaut ist. Es ist durchaus falsch, wenn gesagt wird, daß nur Einjährige aufgenommen werden. M. H.! Jeder, der 2 Jahre die Winterschule besucht hat, also auch jeder, der nur eine einfache Volksschulbildung besitzt, wird aufgenommen. Dadurch hat die Schule eine so breite Basis, wie es überhaupt nur möglich ist und ich bin überzeugt, daß die Annahme, daß nur 10—15 Schüler die Anstalt besuchen werden, durchaus unzutreffend ist. Wenn man bedenkt, einen wie zahlreichen gesunden Bauernstand wir haben und daß jetzt schon 11 landwirtschaftliche Winterschulen vorhanden sind, die alle gut besucht sind, und wenn man dann nur mit 10—15 Schülern für die höhere landwirtschaftliche Lehranstalt rechnet, so scheint mir das nicht zutreffend zu sein und es war m. E. ungeschickt von der Staatsregierung, daß sie diese minimale Ziffer angegeben hat und damit den Segnern der Schule eine Handhabe gegeben hat, die Schule zu bekämpfen.

M. H.! Auf einen Punkt muß ich dann noch kommen, der mich besonders veranlaßt, für die Schule einzutreten. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß man mit künstlichen Mitteln, Böllen usw. der Landwirtschaft als solcher auf die Dauer nicht helfen kann, sondern daß man vor allen Dingen darauf dringen muß, daß sie technisch und wissenschaftlich in der denkbar besten Weise ausgebildet wird. Hier ist eine Handhabe dazu geboten und deshalb bedauere ich, daß viele, die sonst mit mir politisch auf demselben



Boden stehen, der Landwirtschaft die Schule verweigern wollen. M. H.! Kosten entstehen, wie eben vom Regierungstische gesagt, dadurch gar nicht und da finde ich es bedauerlich und unverständlich, wenn man sogar den Versuch ablehnen will, der nichts kostet.

Präsident: Herr Abg. Feldhus hat das Wort.

Abg. Feldhus: Ich habe wenig mehr hinzuzufügen. Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) hat die dänischen Volkshochschulen erwähnt und daß er wünschen möchte, daß wir solche im Lande hätten. Ich glaube, etwas dergleichen haben wir schon und das sind, wie schon erwähnt worden ist, die landwirtschaftlichen Winterschulen. Es würde auch auskommen, wenn wir für das Herzogtum etwa ein Duzend Volkshochschulen haben müßten, weil Dänemark 71 hat. Die hier heute in Frage stehende Schule ist eine ganz andere, die hat mit den dänischen Volkshochschulen beinahe oder überhaupt nichts zu tun, sie setzt voraus, daß man sich die Allgemeinbildung schon vorher angeeignet hat. M. H.! Die Vorlage hat den Landwirtschaftskammerauschuß, der dort gebildet wurde, passiert und der hat sich einstimmig dafür ausgesprochen. Ich kann als Vertreter des Kammervorstandes Sie nur bitten, die Vorlage anzunehmen.

Präsident: Herr Regierungsrat Buhlert hat das Wort.

Regierungsrat Dr. **Buhlert:** M. H.! Eine Saatzuchtanstalt, wie sie der Ausschußbericht erwähnt, und wie Herr Abg. Tanzen sie angeführt hat, ist entschieden eine sehr segensreiche Einrichtung und bietet alle Vorteile, die Herr Abg. Tanzen genannt hat. Ich möchte weiter mitteilen, daß auch die Landwirtschaftskammer in ihrer letzten Sitzung sich mit der Einrichtung einer Saatzuchtanstalt beschäftigt hat. Aber, m. H., es ist meines Erachtens von Herrn Abg. Dursthoff vollkommen mit Recht hervorgehoben, daß eine Saatzuchtanstalt die hier geplante landwirtschaftliche Lehranstalt in keiner Weise ersetzen kann. Ich möchte auch noch hinzufügen, daß, wenn eine Saatzuchtanstalt für sich errichtet wird, sie recht erhebliche Kosten verursacht. Man wird einen Leiter haben müssen, der ungefähr dasselbe Gehalt bekommt, wie der Leiter der geplanten neuen Lehranstalt, und ferner wird ein Assistent angestellt werden müssen. Wenn aber diese von der Regierung vorgeschlagene Lehranstalt eingerichtet wird, so ist mit dem Unterricht derselben ohne weiteres ein Unterricht in der Saatzucht verbunden, denn das gehört zu den Aufgaben dieser Anstalt. Ferner wird sich der Leiter oder der zweite Fachlehrer, der an der höheren Lehranstalt angestellt wird, vielleicht auch in seinen Mußestunden mit der praktischen Saatzucht beschäftigen, so daß ungefähr das erreicht wird, was die Mehrheit des Ausschusses im Auge hat. Wenn man dann noch einen Schritt weiter gehen will und dem Saatzucht besonders sein Augenmerk zuwenden, so könnte, wenn die Lehranstalt vorhanden wäre, ein Assistent besonders für die Saatzucht angestellt werden, der ein verhältnismäßig niedriges Gehalt von 12—1500 M bekommt. Also, m. H., man würde dann, wenn eine höhere Lehranstalt vorhanden ist, mit sehr geringen Mitteln das nebenbei erreichen können, was, wenn die geplante landwirtschaft-

liche Lehranstalt abgelehnt wird, hohe Kosten verursachen wird. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß es sich für unser Land nicht allein und nicht in erster Linie um Förderung der Saatzucht handelt, sondern auch um die der Tierzucht, und daß auch die Tierzucht auf der landwirtschaftlichen Lehranstalt mit ganz besonderem Nachdruck betrieben werden kann.

Präsident: Herr Abg. Schulz hat das Wort.

Abg. Schulz: M. H.! Ich möchte ganz kurz meine und die Stellung meiner Freunde begründen. Wir werden den Anträgen der Mehrheit zustimmen, wie schon aus dem Berichte selbst hervorgeht. Diese Stellung resultiert nicht etwa aus Feindschaft oder Unkenntnis gegenüber der Landwirtschaft, wie man manchmal so gern beliebt uns entgegenzuhalten. Im Gegenteil, wir haben nichts einzuwenden gegen eine wirkliche Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, und keinen Fall wird man uns nachweisen können, wo wir nicht immer eingetreten sind für den Ausbau desselben. Aber, m. H., für diese Vorlage haben wir uns nach reiflicher Prüfung aller Gesichtspunkte schließlich den sachverständigen Ausführungen des Herrn Abg. Tanzen über die technische und praktische Gestaltung einer derartigen Lehranstalt angeschlossen, und diese sachverständigen Ausführungen scheinen uns auch heute durch die Erwiderung des Herrn Ministers Scheer noch nicht erschüttert. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß solche Anforderungen, wie sie von sachverständiger Seite als Voraussetzungen für notwendig gehalten werden, in dieser Vorlage nicht enthalten sind, im Gegenteil, sie charakterisiert sich als eine Standeschule im schlimmsten Sinne des Wortes. Der Herr Abg. Dursthoff sprach von einer breiten Grundlage, ich kann nichts davon sehen; würde das der Fall sein, dann würde höchstwahrscheinlich die Regierung selbst von einer größeren Hörerzahl als von 10—15 gesprochen haben, ich will aber nicht feilschen mit der Regierung um diese Zahl, ich gebe zu, daß noch ein paar Schüler mehr herauskommen können, nichtsdestoweniger kann man aber von einer Volkshochschule nichts sprechen. Trotzdem als Bedingung der Berechtigungsschein nicht gefordert wird, glauben wir, daß die Schule nur ganz geringen Kreisen der Landwirtschaft zugute kommen wird, nur einer ganz dünnen Schicht von Besitzenden in der Landwirtschaft wird es möglich sein, ihre Söhne in die Schule zu schicken, und deshalb kann man mit vollem Recht von einer Standeschule sprechen. Daher können wir es angesichts der Finanzlage nicht verantworten, daß man diesen Kindern der besitzenden Klasse einen Staatszuschuß von 25 000 M zuschanzt. Aus allen diesen Erwägungen werden wir für die Schule nicht stimmen.

Präsident: Herr Abg. Müller (Ruhhorn) hat das Wort.

Abg. Müller: M. H.! Ich möchte zunächst dem Herrn Minister meinen Dank aussprechen, daß er so warm für die Vorlage eingetreten ist. Die Ausführungen, die seinerseits gemacht sind, entheben mich des weiteren Eingehens auf den Inhalt des Berichts. Ich möchte aber ganz kurz streifen, daß ich auch mit Bedauern davon Kenntnis genommen habe, daß die voraussichtliche Besucherzahl von der Regierung so gering angegeben ist. Ich erkenne voll-



kommen an, daß die Staatsregierung bei der Ansetzung dieser Ziffer die Absicht gehabt hat, recht vorsichtig zu Werke zu gehen, damit ihr nicht später gesagt werden könne: Ihr habt eine so große Besucherzahl in Aussicht gestellt, nur um die Vorlage durchzubekommen, nun ist sie aber wesentlich geringer. Andererseits hätte die Staatsregierung aber doch besonders mit Rücksicht auf die Zusammensetzung des Landtages, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die jetzige Mehrheit des Landtages so ungeheuer landwirtschaftsfreundlich ist, auch recht vorsichtig nach der andern Seite hin sein müssen. Ich weiß nicht, ob ich ganz richtig ausgedrückt habe, wie ich das meine. M. H.! Als Regierungsvertreter hätte man mit demselben Recht, mit dem jetzt die Zahl so niedrig angegeben worden ist, eine weit größere Zahl, anstatt 15 vielleicht 50 Besucher in die Begründung des Antrages hineinsetzen können und ich glaube, niemand hätte dagegen einwenden können, daß die Ziffer zu hoch sei, denn eine Unterlage für diese voraussichtliche Besuchsziffer gibt es überhaupt nicht.

M. H.! Ich brauche auch auf die dänischen Volkshochschulen nicht weiter einzugehen, ich glaube, wer Ohren hat zu hören und Augen zu sehen, der wird nach den Ausführungen des Herrn Ministers die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Volkshochschulen etwas ganz anderes sind, als das, was hier erstrebt wird und daß sie gar nicht mit der Regierungsvorlage in Verbindung zu bringen sind.

Der weitere Antrag des Ausschusses, daß eine Saatzuchtanstalt geschaffen werden soll, steht ebenfalls, wie bereits ausgeführt ist, absolut in keinem Zusammenhange mit dieser Vorlage. Es wird vielleicht vielen nicht bekannt sein, daß wir Saatbaustellen eine ganze Menge im Lande haben. Bei dem vorliegenden Antrage handelt es sich aber um ganz etwas anderes. Es soll gewissermaßen eine Zentrale geschaffen werden, eine Hochzuchtanstalt, und da entsteht die Frage, wie soll die Verschiedenheit der Bodenarten berücksichtigt werden, für welche Bodenart soll die Anstalt geschaffen werden? Soll sie für Marschboden, schweren oder leichten Sandboden, für Moor- oder für Lehmboden sein? Die Frage ist nicht entschieden und ist auch nicht so leicht zu beantworten. Im weiteren halte ich es auch aus dem Grunde für sehr verfehlt, weil eine solche Hochzuchtanstalt ganz und gar auf der Person beruht, von der sie geleitet wird. Ich erwähne hier beispielsweise die berühmte Zucht des Herrn von Lohow auf Petkus, welche einen Weltruf bekommen hat, so daß er zur Zeit jahrelang im voraus sein Saatgut verkauft hat. Das ist eine Hochzuchtanstalt und derartiges will man hier also einführen nach dem Willen der Mehrheit des Ausschusses. Das ist aber nicht im Handumdrehen getan, dazu ist eine Persönlichkeit erforderlich, wir können nicht einfach mit der Bewilligung von Geld eine derartige Anstalt schaffen, da müssen wir erst fragen: Ist eine Persönlichkeit hierfür zur Stelle? So etwas ist recht eigentlich Sache der Privatwirtschaft und nicht des Staates. Infolgedessen halte ich diese ganze Sache für außerordentlich verfehlt. Ich habe mir im Ausschusse erlaubt, anzukündigen, ich würde den Antrag stellen auf Gründung einer Hochzuchtanstalt von Elitebullen. (Heiterkeit.) Wenn die Bullen zur Zeit auch angeführt werden, so ist es doch nicht immer gesagt, daß sie alle wirklich hoch-

wertig sind, es gibt immer noch minderwertige darunter. Ueber diese Andeutung wurde Herr Kollege Heitmann im Ausschusse jedoch so erboht und er kritisierte sie so scharf, daß ich des lieben Friedens halber davon absehen will, einen derartigen Antrag zu stellen. Ich sehe auch ein, ich würde denselben Fehler begehen, den ich ja tabelle, indem ich mich ebenso weit von der Vorlage entfernte, wie der Antrag der Mehrheit des Ausschusses, der sich auf die Saatzuchtanstalt bezieht.

Ich möchte Sie, m. H., soweit Sie ein warmes Herz für die Landwirtschaft haben, dringend bitten, der Vorlage zuzustimmen. Ich tue das auch vom Standpunkt der Berufshere. Es würde meines Erachtens ein unwürdiger Zustand sein, wenn man den größten und bedeutendsten Erwerbszweig unseres Landes, der als Exportgewerbe das meiste Geld hier hereinbringt, so vernachlässigen wollte, daß man ihm nicht einmal eine derartige Schule gönnte. Blicken Sie auf die Seefahrtsschule in Esfleth, die auch mit großen Kosten unterhalten wird, trotzdem die Oldenburger Seeleute meist nach Bremen gehen und es meistens fremde junge Leute sind, die dort auf unsere Kosten unterrichtet werden; meistens, sage ich, Ausnahmen bestätigen die Regel. Ich meine, wenn wir für die christliche Seefahrt eine solche Schule unterhalten, daß wir Landwirte dann doch, weiß Gott, verlangen können, daß für unser Gewerbe etwas Ähnliches geschaffen wird. Das müßte für jeden Landwirt eine Ehrensache sein.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

Abg. **Dursthoff:** M. H.! Ich muß eine Ergänzung machen zu dem einen Punkt meiner vorigen Ausführung, in dem ich anscheinend nicht richtig verstanden worden bin. Der Ausdruck Presse bezüglich der Landwirtschaftsschule in Barel ist so verstanden, als wenn ich hätte sagen wollen, daß alle Schüler, die diese Schule besuchen bzw. besucht haben, nicht in der Lage gewesen wären, auf ordnungsmäßigem Wege das Einjährigen-Examen zu erreichen. Das hat mir ganz fern gelegen. Ich weiß selbst, daß eine große Anzahl äußerst tüchtiger Leute aus dieser Schule hervorgegangen ist. Ich habe nur zum Ausdruck bringen wollen, daß, weil an dieser Schule wie an manchen ähnlichen Schulen in Preußen nur eine Sprache gelehrt wird, sie vielfach von Schülern besucht worden ist, denen die Sprachen Schwierigkeiten machen. Diese besuchen, das ist doch notorisch, mit Vorliebe eine solche Schule, um den Einjährigen leichter machen zu können, und mit Rücksicht auf diese Schüler habe ich solche Schulen als Pressen bezeichnet.

Präsident: Herr Abg. Schipper hat das Wort.

Abg. **Schipper:** Nur einige Worte zur Motivierung meiner Abstimmung. Nach dem jetzigen Stande der Landwirtschaft glaube auch ich, daß eine größere Bildungsmöglichkeit erstrebt werden muß, ich glaube aber nicht, daß die jetzige Idee, wie sie uns in der Regierungsvorlage vorliegt, die richtige ist. Denn erstens kann die ungleichmäßige Vorbildung der Schüler für eine Anstalt nie vom Nutzen sein, ich selbst habe eine Anstalt, die ein ähnliches Schülermaterial hatte, besucht und kann daher etwas aus Erfahrung

sprechen; dann wird die Schülerzahl der Anstalt nie eine große werden, denn die Regierung rechnet ja schon nicht mehr als mit einem Duzend Teilnehmer. Ich glaube, wenn in dieser Hinsicht etwas gemacht werden soll, dann können besser die Winterschulen ausgebaut werden, entweder durch Hinzulegung eines dritten Winterhalbjahres oder durch Einlegung eines Sommerhalbjahres.

Was nun die dänische Volkshochschule betrifft, so glaube ich, daß die Sache nicht so ganz bedeutungslos ist. Ich bin allerdings nicht in Dänemark gewesen, ich kenne nur die Urteile von Sachverständigen; vor mir habe ich das Urteil eines Oldenburgischen Sachverständigen und zwar das des Herrn Regierungsrats Buhlert liegen. Der Herr Präsident wird gestatten, daß ich einige Worte daraus verlese. Der Herr Regierungsrat Buhlert schreibt:

„Es darf wohl behauptet werden, daß die Volkshochschulen für die landwirtschaftliche Bevölkerung sogar eine größere Bedeutung haben als die eigentlichen landwirtschaftlichen Unterrichtsanstalten. Man kann deshalb die letzteren nicht schildern, ohne der ersteren zu gedenken.“ (Heiterkeit.)

An einer anderen Stelle heißt es:

„Die Volkshochschulen sind auch die Grundlage geworden, auf der die dänischen Landwirte ihre wirtschaftlichen Erfolge erreichen konnten.“ (Hört! Hört!)

Dieses Urteil ist für mich auch einigermaßen maßgebend (Heiterkeit) und zwar umso mehr, als ich weiß, daß Herr Regierungsrat Buhlert auch persönlich in Dänemark und Schweden gewesen ist.

Die Vorlage, die uns vorliegt, werde ich ablehnen. Ich hoffe aber, daß uns nicht wieder der Vorwurf gemacht wird, wie im vergangenen Jahre, daß diejenigen, welche diese Anstalt ablehnen, als Feinde der Landwirtschaft bezeichnet werden. Wir sind zu jeder Zeit bereit, alles das zu bewilligen, was wir für zweckmäßig halten. Wir haben eine ausgebreitete landwirtschaftliche Bevölkerung, wir wollen keine Standesunterschiede, wir Landwirte haben alle dieselben Interessen und wir verfolgen die gleichen Ziele und deshalb sollen die angewandten Mittel nicht einer einzigen Klasse, sondern der ganzen landwirtschaftlichen Bevölkerung dienstbar gemacht werden. (Sehr richtig!)

Präsident: Herr Abg. Feldhus hat das Wort.

Abg. **Feldhus:** M. H.! Ich möchte anschließen an die letzten Worte des Herrn Vorredners. Ich glaube, man kann eine solche Anstalt nicht auf breiterer Grundlage aufbauen als auf die Volksschule und, meine Herren, die Volksschule bildet die Hauptgrundlage der Anstalt. Die Volksschüler können direkt aus der Volksschule die landwirtschaftliche Winterschule besuchen und ein zweiwintertlicher Kursus genügt für die Aufnahme in diese Anstalt. (Zuruf: Dreijährige Praxis.) Die Praxis schadet keinem Menschen und die Praxis ist die beste Lehranstalt. Ich wollte nur beweisen, daß es nicht einer höheren Schulbildung bedarf, um in diese Anstalt aufgenommen zu werden.

Was nun die Ausführungen des Herrn Abg. Schulz anlangt, so bin ich diesmal mal wieder nicht mit ihm einverstanden. Er sagte, die Rücksicht auf die Steuerzahler

und unsere finanziellen Verhältnisse gestatteten ihm nicht für die Schule einzutreten. M. H.! Ist nun das Rühringer Realgymnasium etwas anders? Dann sollen Sie doch auch dafür nicht eintreten.

Dann noch eins. Herr Abg. Schulz, Sie sagen, Ihnen sei Herr Abg. Tanzen der richtige Sachverständige und weil der gegen die Anstalt sei, seien Sie auch dagegen. Gewiß ist Herr Tanzen der richtige Sachverständige für Sie, weil gerade seine Ansicht für Sie paßt. Ich kann Ihnen aber auch andere Sachverständige nennen, ich glaube aber, deren Ansicht werden Sie diesmal nicht annehmen, weil die für die Schule sind.

Präsident: Herr Regierungsrat Buhlert hat das Wort.

Regierungsrat Dr. **Buhlert:** M. H.! Der Herr Abg. Schipper hat mich zitiert und so bin ich genötigt, noch einmal das Wort zu nehmen. Ich bestätige, was Herr Abg. Schipper vorgelesen hat, das habe ich vor einigen Jahren geschrieben, als ich Gelegenheit hatte, dänische Volkshochschulen und Landwirtschaftsschulen zu sehen. Daß der Aufschwung des dänischen Volkes in erster Linie auf den Volkshochschulen beruht, meine Herren, das ist ganz klar und das rührt daher, daß die Zahl der Volkshochschulen weit größer ist, als die Zahl der Landwirtschaftsschulen. Es ist vorhin schon angeführt, daß es 70 Volkshochschulen und 13 Landwirtschaftsschulen gibt. Die Volkshochschulen sind also viel verbreiteter, als die Landwirtschaftsschulen. Ich stehe keinen Augenblick an, zu erklären und hoffe, daß meine Autorität bei Herrn Abg. Schipper so groß sein wird, daß er auch dieses glaubt: Ich bin fest überzeugt, wenn Dänemark soviel Landwirtschaftsschulen haben würde, wie es jetzt Volkshochschulen hat, dann würde der Aufschwung der dänischen Landwirtschaft noch viel größer sein, als er jetzt ist.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) hat das Wort.

Abg. **Tanzen:** M. H.! Die Erörterungen, die hier heute über die Bedeutung der dänischen Volkshochschulen stattgefunden haben, führen dazu, daß man sagen muß, daß die Bedeutung der dänischen Volkshochschulen und ihre Einwirkung auf die Entwicklung der Bildung in Dänemark über die Grenzen Dänemarks hinaus wenig bekannt sind. Dasselbe sagt der landwirtschaftliche Sachverständige im dänischen Ministerium, Dr. Hollmann, und daselbe muß ich aus den heutigen Ausführungen entnehmen. Zunächst hat der Herr Minister gesagt, das, was die dänischen Volkshochschulen wollen, die Förderung der Allgemeinbildung, das tun hier die Winterschulen. Ja, meine Herren, die verwenden auf die Allgemeinbildung als Staatsbürger etwa den vierten Teil aller Zeit und dabei haben sie eine Stunde Verwaltungskunde, im übrigen handelt es sich um Elementarunterricht, es wird das nachgeholt, was in der Volksschule gelehrt und nachher wieder vergessen ist. Das ist doch keine nennenswerte Förderung der Allgemeinbildung.

Dann hat Herr Abg. Feldhus gesagt, was die dänischen Volkshochschulen für Dänemark sind, das sind die Winterschulen für uns. M. H.! Das ist eine vollständige Verkennung. Die erweiterte Volkshochschule in Askow ist



gar nicht zu vergleichen mit unseren Winterschulen. Das ist ein Zeichen, daß diese Schulen hier unbekannt sind. Ich nehme das Herrn Abg. Feldhus nicht übel, aber ich kann das doch nicht hingehen lassen. Dann hat der Herr Minister gesagt, daß die Lehrerschaft für die nach der Vorlage geplante höhere Schule zur Verfügung steht und daß wenig Kosten entstehen, Herr Abg. Dursthoff hat gesagt, es koste nichts. Meine Herren, in der Vorlage steht, daß vorläufig 10234 *M* erforderlich sind. Jedenfalls aber, meine Herren, scheint mir, daß diese Finanzfrage niemals ausschlaggebend sein darf für die Frage der weiteren Ausbildung unserer Jugend, der Zukunft unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Herr Abg. Dursthoff hat dann gesagt, allerdings hätten die Volkshochschulen eine gewisse Kultur in die ländliche Bevölkerung Dänemarks hineingebracht, angeblich auf Grund eigener Kenntnisse. *M. H.!* Ich kann mich auf meine Kenntnisse nicht beziehen, ich kann mich nur beziehen auf die Werke von Paulsen, des preußischen Sachverständigen und des preußischen Hochschultages. Die sind der Anschauung, daß nicht eine gewisse Kultur dadurch hineingebracht worden ist, sondern daß die Volkshochschulen eine große Kulturmacht in Dänemark sind und daß für die Entwicklung des Bildungswesens in Dänemark in den letzten 40 Jahren die Volkshochschule die Trägerin ist. Es ist das etwas ganz anderes, als wenn gesagt wird, daß eine gewisse Kultur hineingebracht ist. Und dann, meine Herren, möchte ich noch erwähnen, daß die Sachverständigen staunen über die Erfolge, daß sie sich gar nicht erklären können, daß innerhalb zweier Semester das zu bewältigen ist, was die Leute dort in Askow lernen.

Dann noch ein kurzes Wort gegenüber Herrn Abg. Müller (Nuzhorn). Herr Müller (Nuzhorn) hat gesagt, die Saatuchtanstalt sei eine außerordentlich verfehlte Sache für uns. *M. H.!* Wir wollen nicht ohne weiteres behaupten, daß eine Saatuchtanstalt sich hier bewähren wird, wir wollen nur, daß die Frage geprüft werde. Ich meine, eine außerordentlich verfehlte Sache kann es kaum sein, denn neulich bei der landwirtschaftlichen Woche hat ein Professor, den Namen weiß ich nicht mehr, auf Anfrage eines Direktors einer landwirtschaftlichen Winterschule sich sehr erfreut darüber geäußert, daß derartige Bestrebungen im Gange wären. Es kann also nicht außerordentlich verfehlt sein. Herr Abg. Müller (Nuzhorn) hat dann die Sache lächerlich zu machen gesucht, wie er das auch im Ausschusse getan hat, mit dem Elitebullen, darauf kann ich aber nicht eingehen, das steht mir zu tief.

Dann die Berufsehre! Herr Abg. Müller (Nuzhorn) hat die Berufsehre der oldenburgischen Bauern ins Feld geführt. *M. H.!* Nun frage ich: Was will Herr Müller (Nuzhorn) und was wollen wir? Das, was Herr Müller (Nuzhorn) erstebt, ist, daß die Anstalt — mag sie nun von 10 oder 20 Hörern besucht werden — immerhin nur von einem kleinen Kreis besucht werden wird, aus den wohlhabenden Familien des Landes; was wir wollen, ist, daß die breite Masse des Volkes teilnehmen kann. Und, meine Herren, die Schule braucht auch nicht in Oldenburg zu sein, in Dänemark sind sie auf dem Lande, sodas die breite Masse der Bevölkerung daran teilnehmen kann. Der Herr

Minister hat vorhin wieder von Fachschulen gesprochen. *M. H.!* Wir wollen der Landwirtschaft dienen und wenn das einstimmige Urteil der deutschen Sachverständigen, die Dänemark besucht haben, dahingehet, daß die Volkshochschule in Dänemark mehr zur Entwicklung der Landwirtschaft beigetragen hat wie die landwirtschaftlichen Fachschulen, dann muß man sagen, ist die Sache einer Prüfung wert und weiter wollen wir doch nichts.

Präsident: Herr Abg. Tanzen (Heering) hat das Wort.

Abg. **Tanzen:** *M. H.!* Schon aus den Verhandlungen hier geht hervor, daß die Landwirte, die hier als Abgeordnete sitzen, verschiedener Meinung sind über den Wert oder Unwert der Schule nach dem Vorschlage der Staatsregierung. Ich habe auch Gelegenheit gehabt, außerhalb dieses Hauses die Stimmung der Landwirte kennen zu lernen und da muß ich sagen, sie entspricht meiner Ansicht, daß nur die kleine beschränkte Zahl von Landwirten, wie eben von Herrn Abg. Tanzen (Stollhamm) hervorgehoben worden ist, Vorteile von der Vorlage hat. *M. H.!* Dem entspricht die Stellung des Landvolkes gegenüber dieser Vorlage. Die große Mehrheit des Landvolkes kann nicht anerkennen, daß mit ihr ein Dienst für die Landwirtschaft geleistet wird. Nun ist gesagt worden von Herrn Abg. Feldhus: Wir wollen die Grundlage breiter gestalten. Das erreichen Sie mit dieser Schule nicht. Wenn man eine einzige Schule als Fachschule in der Stadt Oldenburg gründet, auch wenn sie ermöglicht, daß jeder, der die Volksschule mit Erfolg absolviert hat, als Besucher aufgenommen werden kann, so ist es von vornherein ein kleiner Kreis, der die Schule besuchen kann, da zu einem Schulgelde von 250—300 *M* die Kosten der Pension kommen. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir das Geld, was vor Eingehen der Landwirtschaftsschule in Barel gezahlt worden ist, 45 000 *M* meinerwegen, auf andere Weise der Landwirtschaft wieder zuführen müssen. Das ist der Zweck der andern Anträge, zu prüfen, daß der dazu geeignete Weg gefunden wird. Ich bin der Meinung, wenn jetzt auch die Regierung vielleicht bedauert, daß sie nur eine Zahl von 10—15 Schülern in der Vorlage genannt hat, daß gerade dieser Punkt in der Vorlage das richtige trifft. Ich glaube, diejenigen, die sagen, das Wohl der Landwirtschaft — Ehrensache, sagt Herr Müller (Nuzhorn) — erfordert es, diese Schule anzunehmen, daß diese nach einigen Jahren schon nicht mehr dasselbe sagen. Ich glaube, es geht mit dieser Anstalt, wie mit der Barel Anstalt, es wird sich herausstellen, daß sie nach wenigen Jahren nicht lebensfähig ist oder künstlich erhalten werden muß. *M. H.!* Deshalb bin ich aus voller Ueberzeugung, ganz besonders im Hinblick darauf, daß ich mich als Vertreter des Landvolkes fühle, gegen die Vorlage.

Präsident: Herr Regierungsrat Buhlert hat das Wort.

Regierungsrat Dr. **Buhlert:** Herr Abg. Tanzen (Heering) hat eben ausgeführt, daß die große Mehrheit der Landwirte gegen die Lehranstalt sei. Das kann ich natürlich nicht nachprüfen, ich möchte aber hervorheben, daß der



Vorstand der Landwirtschaftskammer sich einstimmig für die Lehranstalt ausgesprochen hat.

Ferner hat Herr Abg. Tanzen (Heering) sich aufs Prophezeien eingelassen. Ich will ihm hierin nicht folgen. Ich will nur erwähnen, daß damals, als die landwirtschaftlichen Winterschulen zur Beratung standen, von vielen Seiten gesagt wurde, wenn die Schulen gegründet würden, es handelte sich damals um zwei, die in Dinklage und Zwischenahn, so würden sie nach kurzer Zeit wieder eingehen. Und statt dieser 2 Winterschulen haben wir jetzt im im Lande 10, und wenn wir die Ackerbauschule dazu rechnen, 11.

Es wird dann hervorgehoben, die geplante höhere Lehranstalt sei eine Standeschule und die Volkshochschule solle der breiten Masse zugute kommen. M. H.! Man muß diesem Ausspruch auf den Grund gehen. Wenn es sich um den Besuch einer Schule handelt, kommt es doch sehr auf die Kosten an, die für den einzelnen erwachsen. Natürlich ist auch der Besuch der Volkshochschule mit Kosten verbunden und ich bin in der glücklichen Lage, weil ich in Dänemark war, Ihnen einige Zahlen geben zu können. Im Jahre 1908 stellten sich die Kosten für den Besuch der Volkshochschule pro Monat schon auf 60 M. Inzwischen werden die Kosten nicht geringer geworden sein und jetzt vielleicht 75 M oder noch mehr betragen. Mit den Volkshochschulen ist nämlich ein Internat verbunden, da man der Ansicht ist, daß der Zweck der Schule nur erreicht werden kann, wenn die Lehrer in ständiger Fühlung mit den Schülern bleiben. 60 M, jetzt vielleicht 75 M pro Monat, das ist doch eine Summe, mit der sehr viele Leute rechnen müssen. Ich glaube andererseits nicht, daß der Besuch der geplanten landwirtschaftlichen Lehranstalt sich höher stellen wird als auf 75 M pro Monat. Nun wird man allerdings sagen, der Kursus der Volkshochschule soll 5 Monate dauern, also die Kosten betragen 5 mal 75 M, der Kursus der landwirtschaftlichen höheren Lehranstalt soll aber 9 Monate dauern. Das ist ja zutreffend, aber, meine Herren, wenn man nur 5 Monate in die Schule geht, kann man doch nicht soviel lernen, als wenn man sie 9 Monate besucht. Auch ist es die Ansicht der Mehrheit des Ausschusses, daß die Volkshochschule weiter ausgebaut werden soll und dann wird der Kursus nicht 5 Monate, sondern vielleicht 6, 9 oder gar 12 Monate dauern. Also ich bin der Ansicht, daß der Besuch der Volkshochschule ungefähr mit denselben Kosten verknüpft ist, wie der Besuch der geplanten höheren Lehranstalt.

Präsident: Herr Abg. von Fricken hat das Wort.

Abg. von Fricken: M. H.! Ich hatte nicht vor, mich zu diesem Gegenstande zum Wort zu melden, aber die Ausführungen, die vorhin aus dem Munde des Herrn Abg. Schipper gefallen sind, veranlassen mich, kurz zu erwidern. Herr Abg. Schipper hat erklärt, daß er aus dem Grunde gegen die Vorlage stimme, weil die Segnungen der Anstalt nur einigen wenigen zu gute kämen, nicht der Landwirtschaft im allgemeinen. Herr Schipper hätte recht, wenn es so wäre, daß diese Hörer nach Hause gingen, dort ihr Gut mit einer chinesischen Mauer umgaben und dort ihre Geheimnisse kultivierten ganz im geheimen. Im allgemeinen

ist es aber, wie Herrn Abg. Schipper doch bekannt sein muß, doch so: wenn ein Landwirt neue Erfahrungen gemacht hat, so teilt er sie gern seinen Berufsgenossen mit in landwirtschaftlichen Versammlungen oder in Fachorganen oder in sonst geeigneter Art und Weise. Seine Erfolge zeigt er gern dem Nachbarn auf den Feldern, geht ihm mit Rat und Tat zur Hand, und so wird, was der einzelne neues geschaffen und geleistet hat, zum Gemeingut aller. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, muß man doch sagen, daß die Anstalt wohl geeignet ist, der Landwirtschaft im allgemeinen zu dienen. Auch auf die Ausführungen des Herrn Abg. Enneking will ich noch kurz eingehen. Herr Enneking glaubt gegen die Schule stimmen zu müssen, weil sie nicht den Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Militärdienst gibt. Herr Abg. Enneking, das ist so, wie die Schule gedacht ist, nicht ohne weiteres möglich. Dazu muß sie ganz anders organisiert sein und wenn man sie so organisierte, daß der Einjährigenschein erteilt wird, dann hätte man gerade die Schule wieder, die wir in Barel aufgehoben haben. Aber die Schule, die hier geplant wird, hat nach den Erklärungen vom Regierungstische das Ziel im Auge, den fähigen Landwirten die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst auf Grund eines späteren Examens zu vermitteln. Das ist m. E. ein Moment, welches anspornen wird zu guten Leistungen und edlem Streben.

Präsident: Herr Abg. Müller (Ruhhorn) hat das Wort.

Abg. Müller: M. H.! Der Herr Regierungsvertreter Regierungsrat Buhlert hat eben schon Herrn Abg. Tanzen (Heering) darüber belehrt, daß die Kosten des Besuchs einer Volkshochschule für den einzelnen Besucher sich annähernd ebenso hoch stellen würden wie jetzt für die geplante landwirtschaftliche Lehranstalt. Ich glaube aber, Herr Regierungsrat Buhlert irrt sich in einer Beziehung. Wenn wir nach den Wünschen der Herren Tanzen und Genossen eine Volkshochschule nach dänischem Muster annehmen und sie gleichzeitig auf eine derartig breite Basis stellen, wie es die Herren Tanzen und Genossen wünschen, dann wird die notwendige Folge sein, daß wir die Kosten des Internats ganz und gar auf den Staat übernehmen, sodas jeder einzelne völlig kostenlos hingehen kann. Das ist doch sicher, daß wir so etwas einrichten werden, denn dahin führen doch in letzter Linie die Wege, die die Herren Tanzen und Genossen einschlagen. Wenn wir aber diese Schule auf eine solche breite Basis stellen, dann ergibt das allerdings eine gänzlich andere Grundlage, als sie bisher bei den dänischen Volkshochschulen vorhanden ist.

Präsident: Herr Abg. Lanje hat das Wort.

Abg. Lanje: Ein paar kurze Worte zur Motivierung meiner Abstimmung. Ich kann sagen, daß ich ziemlich ungeschlüssig hergekommen bin und nicht wußte, ob ich für oder gegen die geplante Schule stimmen sollte. Der interessante Lauf der Debatte hat mich überzeugt, daß die Errichtung einer landwirtschaftlichen Lehranstalt eine Notwendigkeit ist. (Bravo!) Ich bin der Ansicht, daß wir die Errichtung einer solchen Schule der Landwirtschaft schuldig sind, und zwar, weil wir die Landwirtschaftsschule in Barel aufgehoben haben. Dann aber auch, weil die Vorlage un-



wenig Kosten verursacht. Herr Abg. Tanzen hat sich wohl geirrt. Er sprach von 22000 *M* Kosten. Davon gehen doch wohl die Lehrergehälter ab und ebenfalls die 2500 *M* Schulgelde. (Widerspruch.) Ich kann mich hier nur auf die Kosten beziehen, die in der Regierungsvorlage angegeben sind. Dann habe ich aber auch die feste Ueberzeugung, daß die Lehranstalt von bedeutend mehr Schülern besucht werden wird, als in der Regierungsvorlage angenommen ist.

Wenn nun Herr Abg. Schulz gesagt hat, es wäre eine Ständeschule und deswegen würden sie dagegen sein, dann werden wir gleich das wunderliche Schauspiel haben, daß die Herren gegen das Realgymnasium in Küstringen stimmen werden. Wenn sie konsequent sind, dann müssen sie auch dort ablehnen. Ich habe aber die Ueberzeugung, daß das Realgymnasium in Küstringen gleich durchgehen wird.

Herr Kollege Feldhus hat dann gesagt, es ließe sich ganz gut verquicken die landwirtschaftliche Winterschule mit der Volkshochschule. Das glaube ich nicht. Wenn ich recht gehört habe, ist gesagt worden — von wem, weiß ich nicht —, daß der Besuch der sogenannten Volkshochschule nur dann von großem Erfolg begleitet sei, wenn die Schüler nicht unter 18 Jahren alt wären. Ich kann mich da irren, ich glaube aber, das gehört zu haben. *M. H.!* Die Schüler der landwirtschaftlichen Winterschulen sind ja unter 18 Jahren. Sie besuchen gleich nach der Entlassung aus der Schule die Winterschule. (Widerspruch.) Ich beziehe mich hier auf Herrn Kollegen Feldhus. Der wird mir das bestätigen, daß die Schüler bei uns gleich nach der Entlassung aus der Schule die landwirtschaftliche Winterschule besuchen. Dann bin ich auch der Meinung, daß die Errichtung dieser höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt die Errichtung von Volkshochschulen nicht ausschließt. Ich bin ein großer Freund der Volkshochschulen, und ich halte im nationalen Interesse die Einführung und Errichtung dieser Schulen für außerordentlich geboten. Herr Abg. Dursthoff hat davon gesprochen, daß sie vielleicht in Deutschland nicht notwendig sei. Ja, meine Herren, ich will nicht viel sagen, ich weise aber nur auf die letzten Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung bei Besprechung der Jahrhundertfeier hin. *M. H.!* Wenn solche Vorgänge möglich sind, dann ist die Errichtung von Volkshochschulen zur Pflege des nationalen Gefühls eine dringende Notwendigkeit. (Hu! Hu! Bravo!) Ich spreche von meinem Gefühl, meine Herren Sozialdemokraten, und ich glaube, daß dies Gefühl von den meisten Herren in diesem Hause geteilt wird. Ich möchte also den Herrn Minister bitten, auch die Errichtung von Volkshochschulen im Auge zu behalten und, wenn möglich, auch diese Einrichtung zu fördern. Ich hoffe, daß wir sie nicht nur in Oldenburg haben, sondern bald überall im Deutschen Reich haben werden.

Präsident: Herr Abg. Müller (Brake) hat das Wort.

Abg. **Müller:** *M. H.!* Nur einige Worte zur Begründung meiner Abstimmung. Es ist ja für den Laien außerordentlich schwer, sich ein Bild zu machen, was richtig

ist, wenn man sieht, wie sich die Ansichten der Fachleute diametral gegenüberstehen. Ich habe den Eindruck, daß man es nicht verantworten kann, der Regierung die nötigen Mittel vorzuenthalten, um den Versuch mit dieser Schule zu machen. Im übrigen möchte ich sagen, es handelt sich nicht um die Frage Volkshochschule oder eine landwirtschaftliche Fachschule, sondern es handelt sich um die Frage Volkshochschule und landwirtschaftliche Fachschule. Das eine schließt das andere nicht aus.

Präsident: Herr Abg. Enneking hat das Wort.

Abg. **Enneking:** Nach den Äußerungen des Herrn Abg. Dursthoff und verschiedener anderer Kollegen aus dem Hause schließe ich, daß eine Landwirtschaftsschule mit Einjährigen-Berechtigung hier nicht für notwendig und lebensfähig erachtet wird. Ich möchte diese Herren hinweisen auf die landwirtschaftlichen Schulen mit Einjährigen-Berechtigung im benachbarten Preußen, die doch ganz außerordentlich prosperieren und sehr segensreich wirken. Wenn die Schule in Barel nicht blühte, so kann man daraus nicht gleich den Schluß ziehen, daß es in Oldenburg auch so gehen wird. Das liegt manchmal an der inneren Einrichtung und hauptsächlich an der Lage. Ich betrachte es als eine große Zurücksetzung unserer Landwirtschaftsjöhne, wenn man nicht mal eine Landwirtschaftsschule mit Einjährigen-Berechtigung fürs ganze Land als notwendig erachtet. *M. H.!* Ich lege großen Wert auf den Berechtigungsschein und bin einigermaßen befriedigt durch die Äußerungen des Herrn Ministers, daß angestrebt werden soll, die Schule mit der Zeit und namentlich, wenn die jetzt geplante Einrichtung sich nicht bewähren sollte, so umzugestalten, wie man sie in Preußen hat. Deshalb bin ich jetzt geneigt, für die Vorlage zu stimmen. (Bravo!)

Was eine angeregte Saatgutzuchtanstalt anbetrifft, so kann ich derartiges nicht einfach von der Hand weisen; wo man solche hat, wirken sie ganz außerordentlich segensreich, aber für unser kleines Land eine derartige Saatgutanstalt einzurichten, würde sehr kostspielig werden. Unsere jetzigen Saatgutstellen im Lande haben gute Erfolge aufzuweisen.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Dann schließe ich die Beratung und gebe das Schlußwort dem Herrn Berichterstatter Abg. Schmidt (Betel).

Abg. **Schmidt:** *M. H.!* Mit ein paar Worten muß ich zum Schluß noch auf verschiedene Äußerungen kommen, die während der Debatte gefallen sind, um die richtig zu stellen.

Wenn vom Regierungstisch gesagt wird, es ist nicht möglich, im Rahmen von Volkshochschulen landwirtschaftliche Lehrfächer zu behandeln, das habe Dänemark auch nicht, so wollen wir nur, daß geprüft wird, ob landwirtschaftliche Lehrfächer nach Art der Volkshochschul-Lehrpläne gegeben werden können. Und wir zweifeln nicht an dem günstigen Ergebnis dieser Prüfung. Dann sagte der Herr Minister: Die dänischen Volkshochschulen sind keine Staatsanstalten. Da hat er recht. Aber da erwidere ich ihm, die landwirtschaftlichen Seminare in Preußen sind auch keine Staatsanstalten, denn es heißt in deren Satzung: Die Seminare für Landwirte sind Unternehmungen der für den Sitz der



Anstalt zuständigen Landwirtschaftskammer. Es ist aber für den Wert und die Bedeutung einerlei, ob Staatsanstalt oder nicht, wenn nur die Lehranstalt eingerichtet wird nach unseren ureigensten Bedürfnissen.

Wenn der Herr Regierungsvertreter meinte, daß die Kosten für den Besuch einer Volkshochschule etwa dieselbe Höhe haben würden, wie beim Besuch der landwirtschaftlichen Lehranstalt, so kann das nicht stimmen. Wenn die Kosten für den Besuch der Lehranstalt mit 600 *M* bemessen werden, so muß das ein Irrtum sein, es kommt mindestens das Zwei- bis Dreifache heraus; denn die Pension in Oldenburg ist nicht billig. Dagegen habe ich an ein Internat bei der Volkshochschule nicht gedacht.

Dann zu Herrn Abg. Müller (Nuzhorn), der sagt: Wer ein warmes Herz hat für die Landwirtschaft, der muß der Regierungsvorlage zustimmen. Herr Müller, ich nehme für mich in Anspruch, daß ich der Landwirtschaft dasselbe Interesse entgegenbringe wie Sie. (Abg. Müller [Nuzhorn]: Nun kommt aber das „Aber“!) Nun kommt das „Aber“. Ich halte es zunächst mit Ihnen für Pflicht des Staates, der Landwirtschaft einen Ersatz zu bieten für die verloren gegangene Barelser Schule; darin sind wir einig. Es handelt sich nur um das „Wie“, und da gehen unsere Meinungen auseinander. Herr Müller (Nuzhorn), Sie sagen: „Wenn ich es zu sagen hätte, ich würde 50 Hörer genannt haben.“ Es muß ja jeder mit sich selbst abmachen, wie er die Unterlagen für eine Vorlage sich zurechtlegen will. Aber wenn Herr Müller (Nuzhorn) sagt: „In Rücksicht auf die Zusammensetzung des Landtags hätte ich anstelle der Regierung die Besuchsziffer viel höher angegeben,“ dazu kann ich nur sagen, daß ich mich im höchsten Grade wundere, daß die Regierung auf diese Zumutung keine Antwort gegeben hat.

M. H.! Mag die Abstimmung ausfallen, wie sie will, ob nun der Antrag der Mehrheit angenommen wird, oder ob der Antrag der Staatsregierung zur Annahme gelangt, wir wollen hoffen, daß das, was geschaffen wird, im Interesse der Landwirtschaft liegt.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Müller (Nuzhorn) das Wort.

Abg. Müller: M. H.! Ich möchte feststellen, daß der Herr Berichterstatter in seinem Schlußwort verschiedene Angriffe auf meine vorherigen Ausführungen gemacht hat. Ich will nicht gerade behaupten, daß das nicht zulässig wäre. Aber ich halte es nicht für sehr kollegialisch, wenn derartiges gemacht wird, weil mir die Möglichkeit fehlt, darauf zu erwidern.

Präsident: Meine Herren! Der Lauf der Debatte zwingt mich, meine Abstimmung zu motivieren. Sie wissen, daß ich im vergangenen Jahre, als das Staatsministerium uns eine Vorlage machte, welche darauf hinausging, die landwirtschaftliche Lehranstalt in Barel, wie sie jetzt noch besteht, zu zertrümmern, dies bekämpft habe. Sie wissen, daß ich das früher einem Antrage gegenüber auch mit Erfolg getan habe, also habe ich oft genug in diesem Hause ausgesprochen, aus welchen Gründen ich die Stellungnahme der Regierung bekämpfte. Die Regierung fand in diesem Landtag zum erstenmale eine Mehrheit für ihre Anträge.

Also Landtag und Regierung haben die Barelser Schule vernichtet. Das war für mich eine bittere Erfahrung. Ich weiß nicht, ob ich zu denen gehöre oder gezählt werden darf, die für die Landwirtschaft oder für das landwirtschaftliche Bildungswesen ein warmes Herz haben. Ich empfand aber die Vorlage der Staatsregierung, die uns vor einem Jahre gemacht wurde, und die Zustimmung des Landtags in seiner Mehrheit dazu als einen Faustschlag ins Gesicht der Landwirtschaft. Heute, meine Herren, wird uns nun eine Vorlage gemacht, die soll anscheinend den Fehler, den die Regierung und die damalige Landtagsmehrheit machten, korrigieren. Ich fasse wenigstens die Vorlage in diesem Sinne auf, weil ich annehme, daß die Staatsregierung nicht gerade der Landwirtschaft feindlich gesinnt ist. Aber, meine Herren, wie wird der Fehler korrigiert? Durch die Schaffung eines Instituts, das seines gleichen im deutschen Vaterland noch kaum hat. Also das oldenburger Land wird in Bezug auf das landwirtschaftliche Lehrwesen zur Versuchsstation gemacht. Dieser Versuch, meine Herren, muß nach meiner Ueberzeugung mißlingen. Ich hätte es für des Schweißes der Eiden und auch der Anstrengung der Regierung wert gehalten, wenn sie die bestehende landwirtschaftliche Lehranstalt in Barel reorganisiert hätte. (Sehr gut!) Meinetwegen hätte sie sie auch verlegen können an einen anderen Ort. Was sie hier wollen, glaube ich, erfüllt den Zweck, den man anstrebt, nicht. Ich höre die Botschaft, doch mir fehlt der Glaube. Meine Herren! Finanziell soll gespart werden, und mit dieser Ersparnis ist einige mal operiert worden. Es ist auch in der Regierungsvorlage auf die Ersparung besonders hingewiesen. Es wird mitgeteilt, daß 105 000 *M* aus dem Verkauf von Grundstücken unserer Schule in Barel der Staatskasse zufließen. Also à conto des landwirtschaftlichen Bildungswesens sparen wir ein Kapital und die jährlichen Unterhaltungskosten der Schule. Meine Herren! Das mache ich nicht mit, obgleich ich weiß, daß der Staat dergleichen Einnahmen sehr gut brauchen kann.

Ich habe diese paar Worte auszusprechen für notwendig gehalten, um festzustellen, daß ich mich in meinen Gründen nicht ganz mit den Gegnern der Vorlage decke, daß ich aber aus anderen Gründen ebenfalls zur Ablehnung komme.

Seine Excellenz Herr Minister Scheer hat das Wort. Die Debatte ist wieder eröffnet.

Minister Scheer: Der Herr Präsident hat zur Motivierung seiner Abstimmung erwähnt, daß er eine frühere Vorlage der Staatsregierung als einen Faustschlag empfunden hätte. Ich will nicht mit dem Herrn Präsidenten über Gefühle rechten. Ich möchte nur erwähnen, daß die Regierung sich bei ihren Entschliessungen nur von sachlichen Erwägungen leiten läßt. (Sehr richtig!) Nicht nur in Oldenburg sondern auch in anderen Staaten haben sich die Landwirtschaftsschulen nicht bewährt. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß in den letzten Jahren irgend ein Staat an die Frage herangetreten ist, diese Schulgattung zu vermehren. Dagegen ist wohl von maßgebenden Stellen anderer Staaten geäußert worden, daß Oldenburg sich mit der Aufhebung der Schule auf dem richtigen Wege befinde. Die Regierung hat sich bei der Einbringung der Vorlage über die Aufhebung der Landwirtschaftsschule leiten lassen von

ihrem warmen Interesse für die Landwirtschaft. Es ist ein Trugschluß, anzunehmen, daß man 13- bis 15jährigen Knaben nachhaltig für das Leben wertvolle landwirtschaftliche Kenntnisse beibringt. Die Baveler Schule war, wie vorhin schon vom Herrn Berichterstatter hervorgehoben wurde, eine Schule zur Erlangung der Berechtigung, und die landwirtschaftlichen Kenntnisse, die sie vermittelte, kamen erst in zweiter Linie. Seinerzeit, als wir die Vorlage einbrachten, war die Staatsregierung der Ueberzeugung, daß an die Stelle der Landwirtschaftsschule eine neu reorganisierte Fachschule für die Landwirtschaft treten müsse. Und diesem unserem Versprechen und dieser unserer Ueberzeugung haben wir jetzt Rechnung getragen durch die zur Erörterung stehende Vorlage. Uns hat ferngelegen, der oldenburgischen Landwirtschaft einen Schlag ins Gesicht zu geben. (Bravo!)

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Ich schließe nochmals die Beratung. Ich habe persönlich nichts zu bemerken. Wir kommen zur Abstimmung. Es ist namentliche Abstimmung beantragt, und zwar verschiedene mal, zunächst zum Antrag 1. Der Antrag 1 geht auf Ablehnung des Antrags der Staatsregierung. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Müller (Brake) das Wort.

Abg. **Müller:** Sollte es nicht zweckmäßig sein, über Antrag 5 abstimmen zu lassen, damit man positiv abstimmen kann? Man kommt sonst so leicht durchhin.

Präsident: Herr Abg. Müller meint, daß wir statt Antrag 1 Antrag 5 nehmen. Der geht auf Annahme der Anträge der Staatsregierung. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Tanzen (Stollhamm) das Wort.

Abg. **Tanzen:** Ich habe geglaubt, daß, wenn ein Antrag auf Ablehnung der Vorlage gestellt ist, zunächst darüber abgestimmt werden müßte.

Präsident: Geschäftsordnungsmäßig ist das richtig. Aber wenn der Landtag einstimmig ein anderes bestimmt, kann ja davon abgewichen werden. Ist der Landtag damit einverstanden, daß über den Antrag 5, der die Vorlage der Staatsregierung annehmen will, abgestimmt wird? (Zurufe: Nein! Ja!) Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Müller (Nughorn) das Wort.

Abg. **Müller:** Ich wollte dann nur bemerken, daß mein Antrag auf namentliche Abstimmung darauf übertragen wird.

Präsident: Ich bitte die Herren, die dafür sind, daß wir über den Antrag 5 nach den Vorschlägen des Herrn Abg. Müller (Brake) abstimmen, sich zu erheben. — Geschieht. — Das ist abgelehnt. Es wird also abgestimmt über den Antrag 1 „Ablehnung der Vorlage“. Ich bitte also die Herren, die den Antrag 1, der auf Ablehnung der Vorlage geht, annehmen wollen, mit ja zu antworten, die ihn ablehnen wollen, mit nein zu antworten. Wir beginnen mit dem Buchstaben K.

Kleen ja, König nein, Koopmann nein, Lanje nein, Meyer ja, Möller nein, Mohr nein, Müller (Nughorn) nein, Müller (Brake) nein, Bekeler nein, Plate nein, Rebenstorf ja, Schipper ja, Schmidt (Zetel) ja, Schmidt (Delmenhorst) beurlaubt, Schröder

Stenogr. Berichte. XXXII. Landtag, 2. Versammlung.

ja, Schulz ja, Steenbock ja, Tanzen (Stollhamm) ja, Tanzen (Heering) ja, Tanzen (Rodenkirchen) ja, Tappenbeck nein, Wessels nein, Westendorf nein, Behrens ja, Berding nein, Brumund ja, Bull ja, Dannemann nein, Dörr ja, Driver nein, Dursthoff nein, Enneking nein, Feigel nein, Feldhus nein, Fick ja, v. Fricken nein, Gerdes nicht da, Hartong nein, Heitmann ja, Heller ja, Henn nein, Hollmann nein, Hug ja, Jordan ja.

Der Antrag ist mit 23 gegen 20 Stimmen abgelehnt. (Bravo!) Jetzt bitte ich die Herren, die den Antrag 5 „Annahme der Vorlage“ annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist mit 23 Stimmen angenommen. Zur Geschäftsordnung hat der Herr Berichterstatter Abg. Schmidt (Zetel) das Wort.

Abg. **Schmidt:** Durch die erste namentliche Abstimmung ist nur der Antrag 1 der Staatsregierung angenommen. Es käme also jetzt noch die Annahme des Antrags 2.

Präsident: Die Anträge 5 und 1 decken sich. Einer sagt „Anträge“, der andere „Antrag“. Das ist dasselbe. Der Antrag 1 deckt sich genau mit dem Inhalt des Antrags 5, er will nur das Gegenteil.

Abg. **Schmidt (Zetel):** Der Antrag des Ausschusses sagt: „Ablehnung des Antrags 1 der Staatsregierung“.

Präsident: Da steht nur: „des Antrags der Staatsregierung“. Jetzt sind durch die Abstimmung über Antrag 5, durch dessen Annahme auch die „Anträge 1 und 2 der Staatsregierung“, wie es dort heißt, damit also der ganze Antrag der Staatsregierung angenommen. Zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Lanje das Wort.

Abg. **Lanje:** Ich bitte, daß der Antrag 2 zur Abstimmung kommt, und ich behalte mir vor, zur zweiten Lesung eventuell einen Antrag zu stellen. (Zuruf: Gibt es nicht! Heiterkeit.)

Präsident: Der Antrag 2 ist ein Eventualantrag. Er käme nur zur Abstimmung, wenn Antrag 1 angenommen worden wäre. Weil Antrag 1 abgelehnt ist, ist Antrag 2 erledigt. Antrag 3 ist ebenfalls Eventualantrag, er ist ebenfalls durch die Abstimmung erledigt. Antrag 4 ist Eventualantrag, ist gleichfalls durch die Abstimmung erledigt. Antrag 5 ist angenommen. Es liegt jetzt noch vor Antrag 6. Der ist ein Mehrheitsantrag, der lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, zu prüfen, ob es sich empfiehlt, darauf hinzuwirken, daß an den landwirtschaftlichen Winterschulen, wo die örtlichen Verhältnisse es erwünscht erscheinen lassen, Sommerkurse eingerichtet werden.

Ich bitte die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen.

M. H.! Die drei nächsten Gegenstände werden uns wahrscheinlich etwas lange in Anspruch nehmen, sodaß es kaum zweckmäßig sein wird, sie jetzt noch anzuschneiden. (Sehr richtig!) Ich setze das Einverständnis des Landtags voraus, wenn ich die Gegenstände 10 bis 13 überschlage.



(Sehr richtig!) Gegenstand 14 ist der Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend die Bildung von Kommissionen zur Abschätzung von Grundstücken. Diesen Gegenstand können wir wohl in Angriff nehmen. Also bitte ich, den 14. Gegenstand zur Hand zu nehmen. Der Herr Regierungsbevollmächtigte spricht soeben den Wunsch aus, weil er morgen verhindert ist, jetzt noch den 13. Gegenstand, Handelskammer für das Fürstentum Birkenfeld, mit zu beraten. Ich möchte hinzufügen zu meinen vorigen Vorschlägen, daß ich empfehle, den 15. Gegenstand, Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition wegen der Realschule in Nordenham, ebenfalls abzusehen. Der Landtag ist damit einverstanden.

Also 13. Gegenstand — oder richtiger der nächste Gegenstand — ist der:

Bericht des Verwaltungsausschusses über

1. den Entwurf eines Handelskammergesetzes für das Fürstentum Birkenfeld,
 2. den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aufhebung des Gewerberats und der Abgabe von den Steinversteigerungen.
1. Lesung. (Anlage 41.)

Der Ausschuß beantragt im Antrag 1:

Streichung des zweiten Satzes im ersten Absatz des § 1.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zum § 1 des Gesetzes und zum Gesetzentwurf im allgemeinen. Ich sehe, daß der Antrag 2 sich auch auf den § 1 bezieht. Ich muß ihn daher gleich mit zur Beratung stellen. Er lautet:

Annahme des § 1 mit der aus Antrag 1 sich ergebenden Aenderung unter Ersetzung des Wortes „Oberstein“ im § 1 Absatz 1 Satz 2 durch das Wort „Zdar“.

Ich eröffne auch hierüber die Beratung. Der Herr Berichterstatter Abg. Dörr hat das Wort.

Abg. Dörr: Ich nehme in erster Linie Bezug auf den Bericht des Ausschusses. In Birkenfeld hat bisher nur die Oberstein-Zdarer Industrie eine Vertretung gehabt, in dem sogenannten Gewerberat. Diese Vertretung war unzulänglich, und zwar hauptsächlich deshalb, weil der Gewerberat nicht das Recht hat, Umlagen zu erheben und weil ihm eine Kraft gefehlt hat, die ausschließlich für ihn tätig war. Es ist daher seit langer Zeit der Wunsch der industriellen Kreise in Oberstein-Zdar, eine andere Vertretung zu bekommen. Diesem Wunsche trägt die vorliegende Vorlage Rechnung. Sie will an Stelle des Gewerberats eine allgemeine Handelskammer für das Fürstentum Birkenfeld einführen.

Ueber die Verhältnisse in Handel und Industrie im Fürstentum Birkenfeld gibt eine Zusammenstellung Aufschluß, die dem Bericht angelegt ist und die die Staatsregierung auf Wunsch des Ausschusses hergegeben hat. Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß man in Birkenfeld unterscheiden muß zwischen der Schmucksteinindustrie und der Obersteiner Metallindustrie. Die Oberstein-Zdarer Industrie war ursprünglich Achatindustrie. Es wurden Achate in der

Umgegend von Zdar gefunden, verarbeitet und — gefaßt oder auch ungefaßt — verkauft. So hat sich von Anfang an neben der eigentlichen Achat schleiferei eine Art Goldschmiedekunst entwickelt. Diese Metallindustrie hat sich später selbständig gemacht, losgelöst, und hat sich zu der jetzigen Obersteiner Metallindustrie, der Uhrkettenindustrie, entwickelt. Andererseits ist aus der Achatindustrie im Laufe der Zeit eine allgemeine Schmucksteinindustrie geworden, indem nicht nur mehr Achate verarbeitet werden sondern alle Schmucksteine, die es überhaupt gibt, einschließlich des Diamanten. Die erste Spalte der Zusammenstellung, die dem Bericht anliegt, enthält nun die Uhrkettenfabriken und Bijouteriefabriken, die im Handelsregister eingetragen sind. Die Spalten 3 bis 5 geben Auskunft über die Schmucksteinindustrie. Wenn man die angegebenen Zahlen zusammenzählt, so kommt man zu folgendem Resultat: In der Schmucksteinindustrie gibt es 131 eingetragene Firmen mit einem Einkommen von 2 023 038 M. In der Metallindustrie gibt es 66 eingetragene Firmen mit einem Einkommen von 735 000 M. Es geht also aus dieser Zusammenstellung hervor, daß die Hauptindustrie im Birkenfelder Industriebezirk die Schmucksteinindustrie ist, daß die Metallindustrie zwar auch ganz bedeutend ist, aber nicht annähernd heranreicht an die Bedeutung der Schmucksteinindustrie. Dieses Bild verstärkt sich noch, wenn man in Betracht zieht, daß in der Schmucksteinindustrie eine ganz große Anzahl von handwerksmäßigen Betrieben gerade in den letzten Jahren entstanden sind. Hierüber gibt zwar die Zusammenstellung keine Auskunft, aber nach den Erklärungen des Herrn Regierungsbevollmächtigten im Ausschuß gibt es in Zdar 49 handwerksmäßige Betriebe, die der Schmucksteinindustrie angehören, und in Zdar-Land 326.

Von diesem Ueberblick aus kann man nun auch meines Erachtens den richtigen Standpunkt gewinnen zu der Frage, wohin der Sitz der Handelskammer zu legen ist. Es ist die einzige Frage gewesen, die die Gemüter in Birkenfeld erregt hat. Im übrigen hat man an der Vorlage nicht viel auszusetzen gefunden und im Ausschuß ist es ähnlich gegangen. Der Sitz der Handelskammer ist dahin zu legen, wo der Mittelpunkt des bedeutendsten Zweiges der Industrie ist, nämlich nach Zdar. Das bestreitet niemand, daß die Schmucksteinindustrie ihren Zentralpunkt in Zdar hat. Ich glaube, das bestreitet selbst Herr Abg. Hug nicht.

Für Zdar sprechen aber auch noch rein praktische, finanzielle Erwägungen. In Zdar steht die Gewerbehalle. Diese Gewerbehalle soll wie das übrige Vermögen des Gewerberats übernommen werden von der Handelskammer. Es ist ein stattliches Gebäude im Werte von etwa 60 000 M., in dem nach einem geringfügigen Um- oder Anbau die Handelskammer gleich ein würdiges Heim finden kann. Es wäre dem gegenüber m. E. gar nicht zu verantworten, wenn man nun sonstwo mit großen Unkosten ein Heim für die Handelskammer suchen wollte. Aus dieser Erwägung heraus hat auch der Gewerberat, also die berufene Vertretung der Oberstein-Zdarer Industrie, einstimmig beschlossen, daß die Handelskammer nach Zdar kommen soll. Auch die Obersteiner Mitglieder des Gewerberats haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Hinterher hat allerdings der Provinzialrat beschlossen, die Handelskammer nach Oberstein zu

verlegen. Aber man muß sich diesen Beschluß des Provinzialrats genau ansehen, wenn man seine Bedeutung erkennen will. Er ist gefaßt mit 7 gegen 4 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen. Das ist ein reiner Zufallsbeschluß gewesen. Unter den 7 Stimmen, die dafür waren, stecken 4 Obersteiner Stimmen. Und ich muß sagen, es ist bedauerlich, daß die Regierung, die in der Provinzialratsvorlage auch Zdar vorgeschlagen hatte, auf ein derartiges Zufallvotum des Provinzialrats hin die Vorlage geändert hat.

Ich bitte demnach, für den Antrag zu stimmen, der den Sitz der Handelskammer nach Zdar verlegen will. Erwähnen will ich noch, daß die Bedeutung der Industrie auch in dem Ertrage der Einkommen- und Vermögenssteuer sehr deutlich zum Ausdruck kommt. Während Zdar 134 000 Mark an Einkommen- und Vermögenssteuer im Jahre 1910 aufbrachte, bringt Oberstein, das beinahe doppelt soviel Einwohner hat, nur 110 000 M auf.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. Hug: Ich bedaure sehr, daß ich in dem einzigen Streitpunkt, der bei der vorliegenden Vorlage ist, dem Herrn Kollegen Dörr entgegentreten muß. Es ist, wenn man ganz objektiv die Sache betrachtet, ganz gleich, ob der Sitz in Oberstein ist oder in Zdar. Wenn man nach der Ansicht handeln wollte, die Herr Kollege Dörr hier vorgebracht hat, um das Recht zu begründen, daß die Handelskammer in Zdar ist, würde man auch sagen können, die Handelskammer der Stadt Odessa muß in Berlin sein, weil in Berlin viel mehr in Roggen gehandelt wird als in Odessa. Darauf kommt es gar nicht an, ob die größeren wirtschaftlichen Kräfte im Edelsteinhandel und der Edelsteinindustrie liegen oder in den Bijouteriefabriken, sondern es kommt darauf an, daß die Handelskammer die Körperschaft ist, um die Interessen der gesamten Industrie im Fürstentum zu fördern. Nun sind die Obersteiner der Ansicht, daß sie zunächst einen Anspruch hätten auf den Sitz, weil sie es gewesen sind, die vor Jahren schon die Anregung zur Gründung einer Handelskammer gegeben haben, zu einer Zeit, wo die Fabrikanten und die Händler in Zdar davon nichts wissen wollten. Ich will nun nicht derselben Ansicht beitreten. Ich will nicht hier das Bild geben, daß wir einen Kampf der Städte zwischen Zdar und Oberstein ausfechten, sondern ich bin der Ansicht, daß die Einrichtung der Handelskammer am ersten geeignet sein könnte, um das Zusammengehen, den Zusammenschluß der Städte zu fördern. Und ich bin darum der Meinung, daß überhaupt nicht in den Gesetzentwurf hineinmüßte, wo der Sitz sein soll, sondern das müßte man der Handelskammer überlassen, zu bestimmen, wo der Sitz sein soll. Herr Kollege Driver schüttelt mit dem Kopf. Er meint, die feindlichen Brüder seien so verfeindet, daß man ihnen eine Direktive geben muß. (Abg. Driver: Heute hier, morgen da!) Das ist nicht nötig. Ich bin der Meinung, wenn Sie bestimmen, die Kammer muß nach Zdar oder nach Oberstein, so stiften Sie nicht Frieden, sondern Sie werfen den Zankapfel erst recht hinein. Lassen Sie aber die Handelskammer zusammenreten und in der ersten Sitzung den Sitz der Kammer feststellen — sei es vorläufig oder auf die Dauer, das will ich dahingestellt sein lassen —, so bin ich keinen Augenblick

im Zweifel, daß die anderen Bezirke, die nicht direkt in Zdar und Oberstein sind, den Ausschlag geben werden. Wenn dann die Entscheidung für Zdar fällt, haben die Obersteiner keinen Anlaß, sich zu beschweren. Wenn wir aber hier ganz fern von Madrid das bestimmen, so bringen wir die Obersteiner dagegen auf, und der Zorn richtet sich nicht gegen uns, sondern gegen Zdar. Ich werde zur zweiten Lesung einen Antrag einbringen, der dahin geht, die Worte im § 1 ersten Absatz: „die ihren Sitz in Oberstein hat“ zu streichen; desgleichen den nachfolgenden Satz, und daß dieser ersetzt wird durch die Worte: „Der Ort, in welchem die Handelskammer ihren Sitz haben soll, wird von der ersten Versammlung der Handelskammer bestimmt“.

M. H.! Herr Kollege Dörr stützt seine Forderung, daß die Kammer nach Zdar kommen soll, hauptsächlich darauf, weil dort die Gewerbehalle ist und weil diese geeignet sei, das Haus für die Aufnahme der Kammer abzugeben. Er führt an, daß von den jetzigen Besitzern bestimmt sei, die Handelskammer solle die Gewerbehalle haben. **M. H.!** Darüber sind wir aber einig, daß, wenn die Gewerbehalle für die Zwecke der Handelskammer benutzt werden soll, umfangreiche bauliche Änderungen notwendig sind. Ich kann und will sie nicht abschätzen. Aber, meine Herren, diese baulichen Änderungen müssen doch von der Handelskammer beschlossen werden. Also soll man ihr doch die Möglichkeit lassen, daß sie darüber befinden kann, sowohl über die Art und Weise des Umbaus, als auch über die Aufbringung der Mittel. Dies Recht enthält man ihr aber vor, wenn man sofort durch Gesetz den Sitz nach Zdar bestimmt. Ich bin keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß trotz der Gegnerschaft, die zwischen Oberstein und Zdar besteht, man doch darauf kommen wird in der Versammlung der Handelskammer, wenn die Leute an einer gemeinsamen Sache arbeiten, die Kammer von selbst darauf kommen wird, die Gewerbehalle in Zdar anzunehmen, wenn die Kosten des Baues nicht zu hoch sind. Ich halte es für das richtigste, wenn der Antrag, wie ich ihn skizziert habe, angenommen wird, und wünsche, daß die Regierung darauf eingeht. Dann wird es möglich sein, der Handelskammer von vornherein einen Boden zu geben, auf dem die Mitglieder friedlich zusammen arbeiten können.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

Abg. Dursthoff: **M. H.!** Ich wollte dasselbe sagen, was Herr Hug ausgeführt hat. Wir können hier unmöglich entscheiden, was zweckmäßig ist, den Sitz nach Oberstein oder nach Zdar zu legen. Ich meine auch, wenn die Handelskammer nutzbringend arbeiten soll, ist die erste Voraussetzung, daß Frieden und Eintracht in der Handelskammer selbst herrschen. Und ich glaube, die schaffen wir nicht, ob wir nun für Zdar oder für Oberstein eintreten. Es wird immer eine Minorität überstimmt, die ärgerlich ist, und dadurch wird die Aktionsfähigkeit der Handelskammer gelähmt werden. Ich glaube deshalb, man soll es der Handelskammer selbst überlassen, zu entscheiden, wohin sie ihren Sitz legen will. Dann kommt der wirkliche Wille der Mehrheit der Interessenten zum Ausdruck und dem muß sich die Minorität fügen und wird es auch tun. Einen Beschluß von uns, die wir die Verhältnisse doch nicht so



genau übersehen können, wird man aber nie als zutreffend anerkennen. Wir können deshalb beschließen, wie wir wollen, wir werden bei dem einen Teil immer böses Blut erregen und dadurch das einträchtige Zusammenarbeiten der Kammermitglieder von vornherein gefährden.

Präsident: Herr Abg. Dörr hat das Wort.

Abg. Dörr: Der Verwaltungsausschuß ist entgegen-gesetzter Meinung gewesen als Herr Dursthoff. Die Regierung schlägt vor: Sitz ist Oberstein, aber es kann von der Handelskammer etwas anderes beschlossen werden. Wir haben geglaubt, gerade dadurch würde der Zankapfel in die neue Kammer hineingetragen. Man kann ganz gut von hier aus bestimmen, wohin die Handelskammer am besten zu legen ist, wenn man sich nur die Mühe macht, die Birkenfelder Verhältnisse etwas näher anzusehen. Ich habe versucht, darzulegen, wo der Schwerpunkt der Birkenfelder Industrie liegt. Er liegt in der Schmucksteinindustrie. Wenn man das nicht bestreiten kann, dann kommt man auf Idar. Aber selbst wenn man das ausschaltet, muß man aus der einfachen Zweckmäßigkeitserwägung heraus, daß dort die Gewerbehalle steht, auf Idar kommen. Vernünftigerweise wird die Handelskammer in dies ihr gehörende Haus hineinziehen und sich nicht irgendwo sonst eine teure Wohnung suchen. Der Umbau kann mit 12—15000 M. gemacht werden und das Geld ist da. Der Gewerberat hat mit der Stadt Idar vereinbart, daß vorläufig die Stadt Idar für die nötigen Räume zu sorgen hat.

Es ist verkehrt, wenn man hier bloß einen Gegensatz zwischen Idar und Oberstein herauskonstruieren will. Der ganze Landbezirk hat sich für Idar ausgesprochen. Die 326 Handwerker, die in Idarland sitzen, haben in Idar ihren Mittelpunkt. Sie kaufen in Idar ihr Rohmaterial und verkaufen in Idar ihre fertige Ware.

Präsident: Herr Abg. Mohr hat das Wort.

Abg. Mohr: M. H.! Mir ist es auch noch zweifelhaft, ob es richtig ist, daß man von hier aus den Sitz der Handelskammer gesetzlich festlegen soll. Ich meine auch, wie Herr Dursthoff und Herr Hug, man soll es der Handelskammer überlassen, selbst zu beschließen, wo sie ihren Sitz haben will. Ob es richtig ist, in Oberstein oder in Idar, das ist eine Frage, die ist hier schwer zu entscheiden. Was die finanzielle Seite anbelangt, will ich mal annehmen, ist Idar am meisten zu empfehlen, aber die Interessentengruppe liegen doch meist in Oberstein. Ich werde heute für Oberstein stimmen. Wenn aber nachher Herr Hug mit seinem diesbezüglichen Antrag kommt zur zweiten Lesung, werde ich dafür sein.

Präsident: Herr Abg. Hartong hat das Wort.

Abg. Hartong: M. H.! Der Vorschlag des Herrn Abg. Hug ist ja ganz neu. Ich behalte mir vor, ihn zu prüfen. Einstweilen bin ich noch dafür, daß der Sitz nach Oberstein gelegt wird. Diese Stellung habe ich auch im Ausschuß vertreten. Es sprechen für Oberstein sehr viele Umstände, und m. E. überwiegen sie diejenigen, welche für Idar sprechen. Es ist von Herrn Abg. Dörr ausgeführt, daß Idar der Mittelpunkt der Schmucksteinindustrie sei und

daß diese ihren Sitz in Idar habe. Auf die Schmucksteinindustrie allein kommt es aber nicht an. Ebenfalls bedeutend ist die Industrie, welche in Oberstein getrieben wird. Und wenn Sie das Verhältnis der im Handelsregister eingetragenen Kaufleute ansehen, so finden Sie, daß dort festgestellt ist, daß in Oberstein 210 eingetragene Firmen bestehen, während in Idar Stadt nur 154 sind und in Idar Land 30, also weniger als in Oberstein. Es kommt wohl nicht an auf das Kapital, welches in diesen Industriezweigen umgesetzt wird, sondern auf die Firmenzahl. Wenn Herr Abg. Dörr meint, der Mittelpunkt der Industrie sei Idar, so halte ich das nicht für richtig. Von einem geographischen Mittelpunkt kann man bei Oberstein und Idar überhaupt nicht sprechen. Beide Städte liegen nicht im Mittelpunkt eines hier in Frage stehenden Bezirks. Aber Oberstein liegt günstiger. Es liegt an der Bahn und beide Orte sind mit der elektrischen Bahn verbunden. Hinzu kommt, daß die Regierung schon 1906 Oberstein als Sitz ausersehen hatte, daß der Provinzialrat dafür gestimmt hat, daß Oberstein die größere Stadt ist. Nach der letzten Volkszählung hat Oberstein 10 199 Einwohner, Idar nur 6 591. Ferner ist mit zu erwägen, daß Idar früher dieser Sache wenig Interesse entgegengebracht hat. Den Wunsch nach einer Handelskammer hat wesentlich Oberstein geäußert. Dann legt Herr Dörr das Hauptgewicht auf die Möglichkeit, die Gewerbehalle für die Zwecke der Handelskammer zu benutzen. Ich halte diese Möglichkeit für sehr gering. Ich würde es nicht für erwünscht halten, wenn die Gewerbehalle einen Umbau erhielte, welcher der Handelskammer ein Unterkommen böte. Ich glaube auch gar nicht, daß das möglich ist, auf dem Grundstück einen Anbau zu machen, denn nur um den kann es sich handeln. Ein Umbau ist ausgeschlossen, weil man die Gewerbehalle ihrem jetzigen Zweck weiter wird erhalten wollen. Also ich glaube nicht, daß man auf dem Grundstück einen dem jetzigen hübschen Gebäude entsprechenden passenden Anbau machen kann. Ich bin vorläufig der Meinung, daß mit denselben Mitteln, mit denen ein Anbau an die Gewerbehalle gemacht werden könnte, ein Lokal gemietet oder auch neu errichtet werden kann. Deswegen komme ich dazu, Ihnen Oberstein als Sitz der Handelskammer zu empfehlen, behalte mir aber vor, noch den jetzt neu eingebrachten Antrag näher zu prüfen.

Präsident: Herr Abg. Henn hat das Wort.

Abg. Henn: M. H.! Für den Nichteingeweihten ist es schwer, zu bestimmen, auf welche Stelle der Sitz der Handelskammer kommen soll. Wenn man die Obersteiner fragt, dann sagen diese, sie wollen den Sitz in Oberstein haben, die Idarer nach Idar. Nun sage ich mir, wir sind verpflichtet, die Handelskammer dort hinzulegen, wo wir sie am billigsten einrichten können. Nach den Ausführungen des Herrn Abg. Dörr ist doch die Gewerbehalle in Idar vorhanden, deshalb bin ich für Idar. Idar ist auch der Mittelpunkt der Industrie. Wenn dann Herr Abg. Hartong gesagt hat, Oberstein liege an der Eisenbahn, so ist dieses doch kein Grund, die elektrische Bahn geht alle paar Minuten nach Idar. Ich werde also für Idar stimmen.



Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. **Hug:** Nur noch ein paar Worte. Mit der Zusammenstellung der angeführten Zahlen und der Einkommen kann man die Frage, ob die Kammer in Oberstein oder in Zbar sein soll, nicht beantworten. Die Handelskammer soll als ihre Haupttätigkeit die industrielle und Handelswelt vertreten. Es ist richtig, daß die Frage eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist und ich glaube, weil es eine Zweckmäßigkeitfrage ist, würde die Handelskammer sie selbst am besten lösen. Man ist in Oberstein eben verschiedener Meinung und diese Meinung haben Leute mir gesagt, die ganz unvoreingenommen sind. Es ist die Meinung vertreten, daß die Gewerbehalle nicht so eingerichtet ist; wie Herr Kollege Dörr es dargestellt hat. Also diese Fragen müßten erst geprüft werden. Wenn so viele Meinungen vorhanden sind, ist es nicht richtig, daß man heute eine bestimmte Direktive gibt.

Präsident: Herr Abg. Dörr hat das Wort.

Abg. **Dörr:** Der Gewerberat selbst hat einen Umbau oder Anbau in Aussicht genommen und die Obersteiner Mitglieder des Gewerberats waren damit einverstanden.

Es ist ganz richtig, was Herr Abg. Hug sagte: Es handelt sich um eine Zweckmäßigkeitfrage. Meinertwegen kann nur die Bedeutung der Industrie auscheiden. Dann muß man aber auch wirklich den zweckmäßigsten Weg einschlagen und es wäre bei den teuren Miet- und Bodenpreisen in Oberstein-Zbar ein direkter Unsinn, wenn die Handelskammer sich ein neues Heim außerhalb der Gewerbehalle suchte. Daß aber der Wunsch nach einem eigenen Heim lebendig werden wird, wenn die Handelskammer erst da ist, bleibt nicht aus.

Sch bemerke noch, daß einige Druckfehler im Bericht enthalten sind. Ich werde ein berichtigtes Exemplar in der Registratur niederlegen.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 1. Ich bitte die Herren, die den Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag 2, den ich verlesen habe. Ich bitte die Herren, die den Antrag 2 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist mit 18 gegen 17 Stimmen angenommen.

Folgt Antrag 3:

Annahme der §§ 2 bis 4.

Sch eröffne die Beratung über diesen Antrag und über die §§ 2, 3 und 4. Da das Wort nicht verlangt wird, schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab und bitte ich die Herren, die den Antrag 3 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Zum § 5 ist ein Antrag der Mehrheit Nr. 4 gestellt: Streichung der Worte „für Personen weiblichen Geschlechts“ in § 5, Ziffer 2.

Sch eröffne die Beratung über diesen Antrag und zum § 5 und gebe das Wort Herrn Regierungsrat Tenge.

Regierungsrat **Tenge:** M. H.! Die Regierung hat die schwersten Bedenken gegen die Streichung der Worte

Stenogr. Berichte. XXXII. Landtag, 2. Versammlung.

„für Personen weiblichen Geschlechts“. Wenn Sie die Worte streichen, schaffen Sie sowohl das aktive wie das passive Wahlrecht für die Frauen. Ob das beabsichtigt ist, geht aus dem Wortlaut des Berichtes nicht hervor. Aber auch allein die Verleihung des aktiven Wahlrechts an die Frauen scheint der Regierung, wie ich bereits im Ausschusse erklärt habe, sehr bedenklich.

Präsident: Herr Abg. Dörr hat das Wort.

Abg. **Dörr:** Die Mehrheit des Ausschusses war sich klar darüber, daß die Konsequenz des Antrages die ist, daß die Frauen nur das passive Wahlrecht haben.

Präsident: Herr Abg. Dursthoff hat das Wort.

Abg. **Dursthoff:** M. H.! Ich muß sagen, ich verstehe den Standpunkt der Regierung wirklich nicht. Wenn man der Frau gestattet, ein Geschäft zu führen, dann soll man auch die Konsequenz ziehen und ihr das Wahlrecht zur Kammer geben. Das ist einfach eine wirtschaftliche Interessenvertretung und da kann man m. E. keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern machen. Ich bin entschieden dafür, daß der Antrag des Ausschusses angenommen wird. Wir haben uns in dem Sinne in unserer Handelskammer auch schon ausgesprochen.

Präsident: Wird das Wort noch verlangt? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung. Im Antrage 4 wird es heißen müssen: Annahme des § 5 mit der Aenderung, daß die Worte „für Personen weiblichen Geschlechts“ in der Ziffer 2 gestrichen werden. Ich darf den Antrag 4 wohl so formulieren. Ich bitte also die Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Zu den §§ 6 bis 24 stellt der Ausschuss den Antrag 5: Annahme der §§ 6 bis 24.

Sch eröffne die Beratung zu den §§ 6 bis 24. Das Wort wird nicht verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab und bitte ich die Herren, die den Antrag 5 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Zum § 25 beantragt eine Minderheit:

Annahme des § 25 unter Streichung des zweiten Satzes in Absatz 3.

Sch eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort wird nicht verlangt? Dann schließe ich die Beratung. Ich bitte die Herren, die diesen Antrag der Minderheit annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist abgelehnt. Ich konstatiere, daß damit der § 25 unverändert angenommen ist.

Zu den §§ 26 bis 45 beantragt der Ausschuss im Antrage 7:

Annahme der §§ 26 bis 45 unter Ersetzung des Wortes „Transportkosten“ in § 26 durch das Wort „Reisekosten“ und des Wortes „ausschiebbare“ in § 31, Absatz 5 durch das Wort „ausschiebende“.

Sch eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu den §§ 26 bis 45. Da das Wort nicht verlangt ist, schließe ich die Beratung. Wir stimmen ab und bitte ich die Herren,



die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Er ist angenommen.

Folgt nunmehr:

Der Bericht zum zweiten Gesetzentwurf.

Dazu beantragt der Ausschuß im Antrage 8:

Annahme der §§ 1 bis 4.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zum § 1 und über den Entwurf im ganzen, zu den §§ 2, 3 und 4. Das Wort ist nicht verlangt? Dann schließe ich die Beratung und eröffne sie zum Antrage 9:

Der Landtag wolle

1. die Petition der Stadtbürgermeisterei Oberstein,
2. die Petition der Stadtbürgermeisterei Idar,
3. die Petition der 4 Landgemeinden,
4. die Petition der Handwerkskammer zu Saarbrücken

für erledigt erklären.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Berichterstatter Herr Abg. Dörr.

Abg. **Dörr:** Es kann die Petition, die heute morgen verkündet ist, gleich mit erledigt werden.

Präsident: Die Petition der Oberbürgermeisterei Oberstein wird, soweit sie diesen Gegenstand mitbetrifft, in den Antrag 9 mit aufgenommen und ebenfalls für erledigt erklärt. Ich bitte die Herren, die den Antrag 9 in der erweiterten Fassung annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Anträge zur 2. Lesung bitte ich bis Mittwoch, also morgen, abends 7 Uhr, einzureichen.

Die heutige Tagesordnung ist noch lange nicht erledigt, es zwingt uns dies, morgen früh 10 Uhr eine neue Sitzung zu beginnen. Also die nächste Sitzung findet morgen früh 10 Uhr statt: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 2.20 Uhr.

